

Boysen-Hogrefe, Jens et al.

Article

Deutsche Konjunktur im Herbst 2015 - Deutschland: Expansion trotz weltwirtschaftlicher Unruhe

Kieler Konjunkturberichte, No. 11

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boysen-Hogrefe, Jens et al. (2015) : Deutsche Konjunktur im Herbst 2015 - Deutschland: Expansion trotz weltwirtschaftlicher Unruhe, Kieler Konjunkturberichte, No. 11, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/209423>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Deutsche Konjunktur im Herbst 2015

Kieler Konjunkturberichte Nr. 11 (2015|Q3)

Inhalt

Deutschland: Expansion trotz weltwirtschaftlicher Unruhe	1
Monetäre Rahmenbedingungen bleiben sehr expansiv	3
Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet	6
Außenhandel weiter auf Expansionskurs	8
<i>Kasten 1: Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2015</i>	13
Hohe Konsumdynamik wird zunehmend durch Investitionsaufschwung flankiert	14
Verarbeitendes Gewerbe treibt die Wertschöpfung	18
Ölpreisverfall dämpft die Inflation	18
Reale Lohnstückkosten rückläufig	20
Beschäftigungsaufbau durch Mindestlohn vorübergehend gedämpft	21
<i>Kasten 2: Prognose der Nettozuwanderung nach Deutschland im Kontext der Flüchtlingsmigration</i>	23
Öffentliche Haushalte deutlich im Plus	25
Ausblick: Konjunkturelle Dynamik verstärkt sich	29
Literatur	32
Datenanhang	34
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2014–2017	34
Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	35
Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. Euro)	38

Deutschland: Expansion trotz weltwirtschaftlicher Unruhe

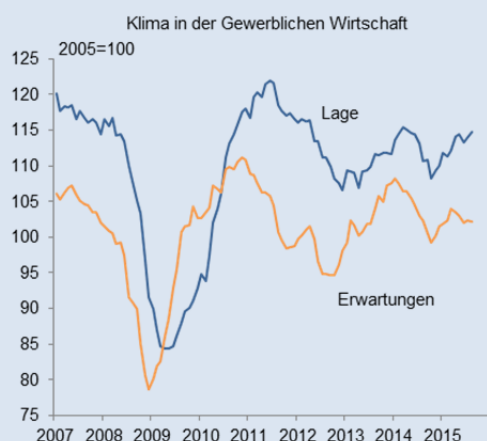
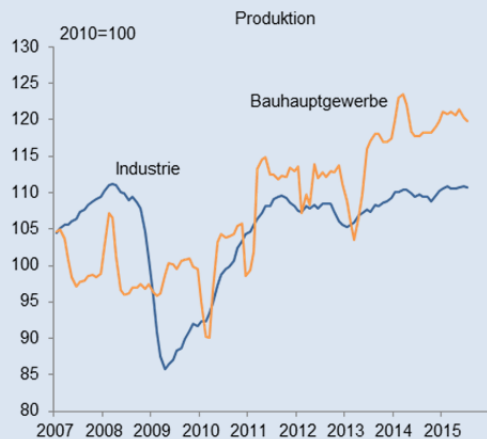
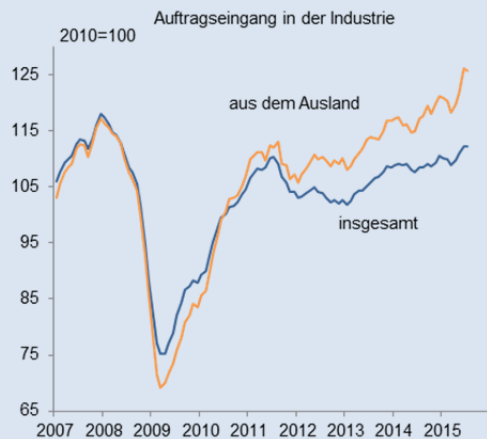
Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Martin Plödt, Galina Potjagailo und Maik Wolters

Die Konjunktur in Deutschland hält trotz eines unruhigen weltwirtschaftlichen Umfelds Kurs. Für das laufende und das kommende Jahr rechnen wir unverändert mit Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 und 2,1 Prozent. Im Jahr 2017 dürfte sich das Expansionstempo nicht zuletzt aufgrund der anhaltend anregenden monetären Rahmenbedingungen und der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt sogar noch einmal leicht auf 2,3 Prozent beschleunigen. Damit wird der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts das Potenzialwachstum spürbar übersteigen, so dass sich Deutschland auf dem Weg in die Hochkonjunktur befindet. Die Exporte dürften trotz des schwierigen internationalen Umfelds im Prognosezeitraum kräftig expandieren, zumal im kommenden Jahr voraussichtlich auch die Weltwirtschaft wieder etwas an Schwung gewinnen wird. Hohe Zuwachsraten dürfte weiterhin der private Konsum verzeichnen, da die Einkommen der privaten Haushalte sich wohl weiter spürbar erhöhen werden. Maßgeblich ist die günstige Entwicklung bei Beschäftigung und Löhnen, auch wenn der Arbeitsmarkt seit Jahresbeginn etwas an Schwung verloren hat. Hinzu kommen weiter anziehende öffentliche Sozialleistungen und der ölpreisbedingte Kaufkraftgewinn. Aufgrund der zusehends angespannten Produktionskapazitäten und des allgemein günstigen Umfelds für Bauvorhaben dürfte der Investitionsaufschwung mehr und mehr Tritt fassen. Mit der hohen konjunkturellen Dynamik werden auch die Verbraucherpreise nach dem Auslaufen der dämpfenden Effekte des Ölpreisverfalls rasch wieder anziehen. Die außenwirtschaftlichen Risiken haben sich zuletzt regional verschoben und liegen derzeit vor allem in einer harten Landung der chinesischen Wirtschaft begründet. Die binnenwirtschaftlichen Risiken dürften sich zusehends erhöhen, da auf dem Weg in die Hochkonjunktur die Wahrscheinlichkeit zunimmt, dass es zu Übertreibungen kommt und sich das Rückschlagpotenzial für die deutsche Wirtschaft erhöht.

Die konjunkturelle Dynamik hat sich im Verlauf des ersten Halbjahres gefestigt. Getragen wurde die Expansion der Wirtschaftsleistung maßgeblich vom Produzierenden Gewerbe, wo die Bruttowertschöpfung zwei Quartale in Folge um mehr als 0,7 Prozent zulegte. Trotz erheblicher wirtschaftspolitischer Turbulenzen, die sich um die Jahresmitte herum im Zuge der Griechenlandkrise ergaben und – über diesen konkreten Fall hinaus – grundsätzliche Fragen über die Zukunft der Europäischen Währungsunion aufgeworfen haben, blieb die Stimmung in den Unternehmen hinsichtlich der Lageeinschätzung in der Tendenz deutlich aufwärts gerichtet (Abbildung 1). Allerdings haben die verschiedenen weltwirtschaftlichen Unruherde – jüngst insbesondere die Befürchtungen um eine harte Landung der Wirtschaft in China – die Erwartungen gedämpft. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie hat zuletzt zwar etwas nachgegeben, das Niveau deutet aber immer noch auf im Durchschnitt mindestens normal ausgelastete Kapazitäten hin (Abbildung 2) und auch das Neugeschäft zeigte sich zuletzt recht lebhaft. So nahmen die Unternehmen ausweislich des von der Deutschen Bundesbank berechneten Order-Capacity-Index im zweiten Quartal merklich mehr Aufträge herein als sich mit den bestehenden Kapazitäten abarbeiten lassen. Impulse kamen hier zuletzt vor allem aus den grenzüberschreitenden Geschäftsabschlüssen. Das Bauhauptgewerbe operiert weiterhin nahe an der historischen Höchstauslastung. Dort schwoilen die Auftragsbestände – insbesondere im Wohnungsbau – bis zuletzt kräftig an.

Das monetäre Umfeld ist weiterhin extrem expansiv ausgerichtet. Die Europäische Zen-

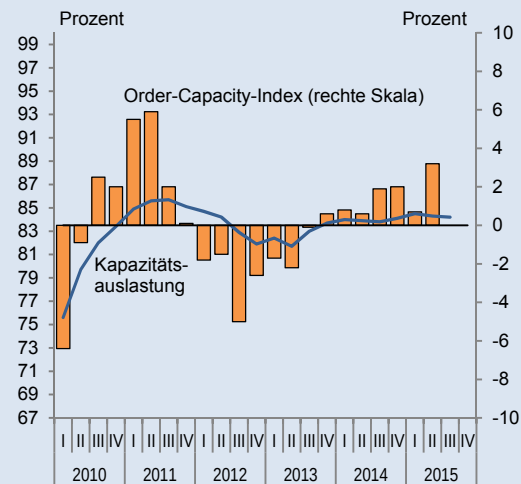
Abbildung 1:
Konjunkturindikatoren 2007–2015



Monatsdaten, saisonbereinigt. Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Abbildung 2:
Kapazitätsauslastung 2010–2015



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

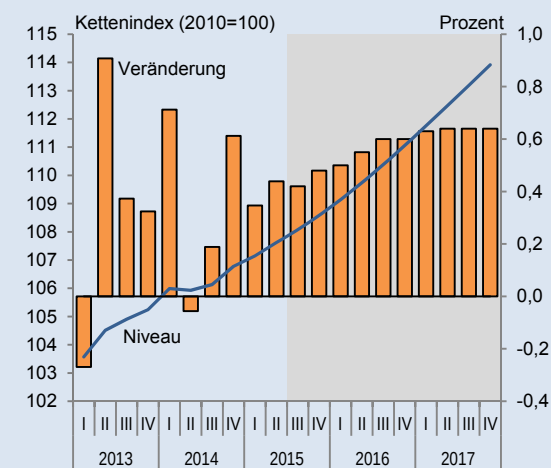
Quelle: ifo Institut, *Konjunkturtest*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

tralbank hat deutlich gemacht, dass sie an diesem Kurs auf absehbare Zeit festhalten will. So soll das im Frühjahr begonnene Anleiheaufkaufprogramm vollumfänglich durchgeführt und möglicherweise sogar verlängert oder durch andere Maßnahmen ergänzt werden (Boysen-Hogrefe et al. 2015c). Die Erwartungen über unterschiedliche Zinspfade in den großen Währungsräumen hinterlassen ihre Spuren an den Devisenmärkten. So dürfte ein Großteil der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar – im Frühjahr betrug der Wertverlust im Vorjahresvergleich etwa 20 Prozent – maßgeblich von entsprechenden Portfolioumschichtungen bewirkt worden sein. Zwar hat die Gemeinschaftswährung seit dem Tiefpunkt im März wieder leicht aufgewertet, der Großteil der vorangegangenen massiven Abwertung hat indes weiterhin Bestand. Hinzu kommen Ölpreisnotierungen, die niedriger ausfallen als noch im Sommer zu erwarten war.

Kräftige Impulse gingen zuletzt vom Außenhandel aus, während die heimische Verwendung stagnierte. Der Anstieg der Wirtschaftsleistung um reichlich 0,4 Prozent im zweiten

Quartal (Abbildung 3) wurde per Saldo im Ausland absorbiert. Demgegenüber trat die heimische Verwendung – bereinigt um Lagerveränderungen – praktisch auf der Stelle. Insbesondere kam der sich zuletzt deutlicher abzeichnende Investitionsaufschwung nicht voran. Auch die privaten Haushalte hielten sich mit ihren Konsumausgaben stärker zurück und verwendeten einen Teil der Einkommenszuwächse zugunsten einer höheren Sparneigung.

Abbildung 3:
Bruttoinlandsprodukt 2013–2017



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Der Arbeitsmarkt hat nach der Einführung des Mindestlohnes deutlich an Schwung verloren. Der Beschäftigungsaufbau hat sich in der ersten Jahreshälfte weiter abgekühlt, was maßgeblich auf den drastischen Rückgang der Minijobber zurückgeht, die von der Mindestlohnregelung besonders stark betroffen sind. Angesichts der konjunkturellen Grunddynamik zeigt sich der Arbeitsmarkt indes in robuster Verfassung und liefert von Monat zu Monat niedrigere Arbeitslosenzahlen. So sank die Quote zuletzt auf den gesamtdeutschen Tiefststand von 6,4 Prozent.

Billiges Rohöl sorgt zwischenzeitlich für stabile Verbraucherpreise, aber der heimische Preisdruck bleibt spürbar. Im Zuge des abermaligen Rohölpreisverfalls kam der Verbraucherpreisauftrieb zuletzt nahezu zum Stillstand. Lässt man Energieträger unberücksichtigt, so ist für die Konsumenten keine nachlassende Preisdynamik zu erkennen, die Kernrate lag zuletzt 1,3 Prozent über ihrem Vorjahreswert. Der für den heimischen Preisdruck aussagekräftigere Deflator der Bruttowertschöpfung weist hingegen seit nunmehr zwei Quartalen Vorjahresraten von über zwei Prozent auf. Die Immobilienmärkte zeigen, dass die Niedrigzinsphase merklich auf die Vermögenspreise ausstrahlt. Der Preisauftrieb setzte sich dort bis zuletzt ungemindert fort.

Monetäre Rahmenbedingungen bleiben sehr expansiv

Die EZB setzt ihre lockere Geldpolitik fort. Die EZB behält ihren geldpolitischen Kurs bei und bleibt bei ihrer Ankündigung, bis mindestens September 2016 monatlich Wertpapiere für rund 60 Mrd. Euro aufzukaufen. Auch der Leitzins wird wohl zunächst auf seinem äußerst niedrigen Niveau von 0,05 Prozent verharren (Tabelle 1). Ein Einstieg in eine langsame Normalisierung der Geldpolitik ist frühestens im Jahr 2017 zu erwarten.¹ Trotzdem wertete der Euro zuletzt wieder etwas auf, was auch an Signalen, die auf ein lockereres internationales geldpolitisches Umfeld nicht zuletzt in den USA hindeuten, gelegen haben dürfte.

Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen bleiben im Prognosezeitraum weiterhin sehr günstig. Im historischen Vergleich sind die Zinsen auf Unternehmensanleihen weiterhin äußerst niedrig; im Juli lagen sie bei mittleren Restlaufzeiten von über drei Jahren bei 2,4 Prozent. Zwar besteht noch ein merklicher Aufschlag gegenüber fünfjährigen Bundesanleihen von zuletzt 1,8 Prozent, dieser war

¹ Für eine ausführliche Diskussion der EZB-Politik siehe Boysen-Hogrefe et al. (2015b).

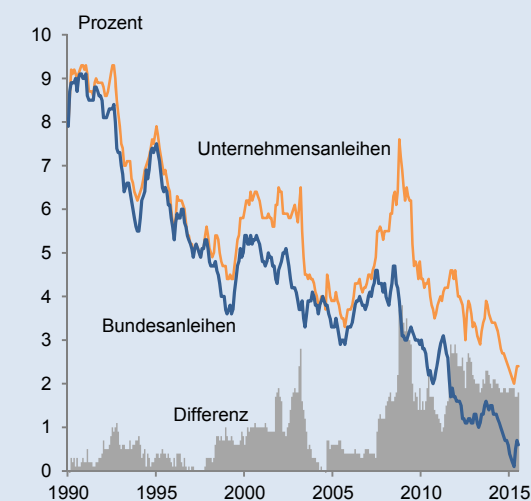
Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2014–2017

	2014				2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,25	0,23	0,10	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,25	0,25	0,50
Langfristige Zinsen	1,7	1,4	1,1	0,8	0,4	0,5	0,7	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,2
US-Dollar/Euro	1,37	1,37	1,33	1,25	1,13	1,10	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	86,8	87,0	85,8	85,2	82,9	82,4	84,7	85,6	84,9	84,4	84,0	83,8	83,9	84,1	84,3	84,7
Exportmärkte	0,3	0,5	0,6	0,6	0,6	0,3	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Rohölpreis	107,9	109,8	102,1	76,0	54,1	62,1	49,9	45,0	45,1	45,3	50,0	54,0	58,0	62,0	65,0	68,0

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 37 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtumsatz, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 4:
Kapitalmarktzinsen 1990–2015



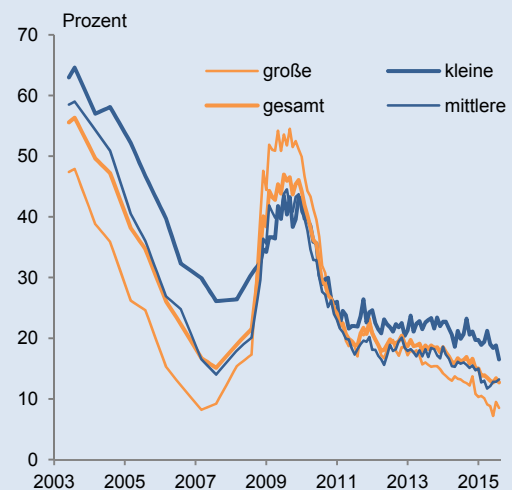
Monatsdaten, Renditen; Unternehmensanleihen mit mittlerer Restlaufzeit von über drei Jahren; Bundesanleihen mit 5-jähriger Laufzeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen.

im Trend aber seit Ende 2011 rückläufig (Abbildung 4). Dazu passt auch, dass sich vergleichsweise wenige Unternehmen aller Größen bei der ifo-Kredithürdebefragung über eine restriktive Darlehensvergabe durch die Banken beklagten: insgesamt fiel ihr Anteil im August noch einmal auf nun 12,7 Prozent (Abbildung

5). Die Zinsen für alle Darlehensarten sind dabei weiterhin äußerst niedrig. Bei Neuabschlüssen über ein bis fünf Jahre fallen für Unternehmensdarlehen über einer Million Euro und bei der privaten Immobilienfinanzierung durchschnittlich Zinsen von unter zwei Prozent an; bei

Abbildung 5:
Kredithürde nach Unternehmensgröße 2003–2015

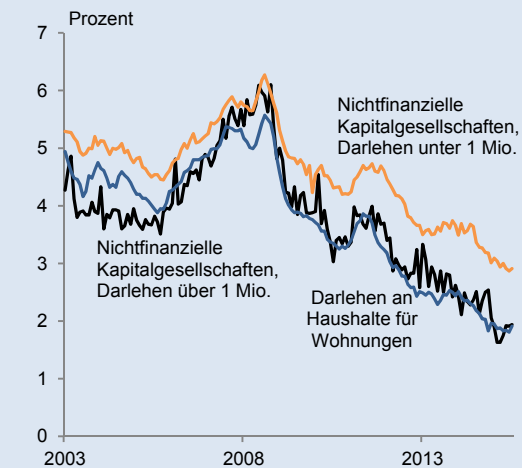


Monatsdaten ab November 2008; Anteil der Firmen, die über eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten.

Quelle: ifo, *Schnelldienst*.

Unternehmensdarlehen unter einer Million liegen die Zinsen unter drei Prozent (Abbildung 6).

Abbildung 6:
Darlehenszinsen 2003–2015



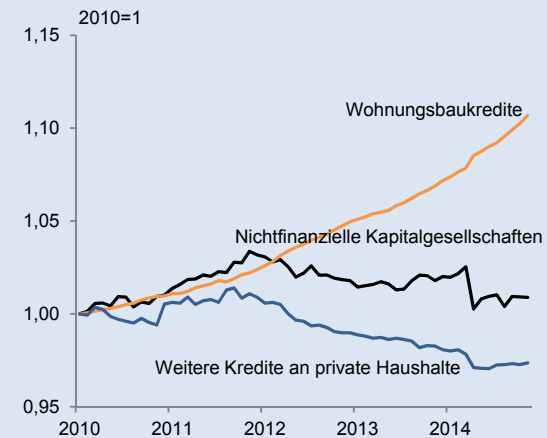
Monatsdaten; Bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Thomson Reuters Datastream.

Die Kreditexpansion konzentriert sich in der privaten Wohnimmobilienfinanzierung. Die Buchkredite der Finanzinstitute in Deutschland an den inländischen privaten Sektor stiegen im Juli laut Deutscher Bundesbank auf 2 416,7 Mrd. Euro; dies entspricht einem Zuwachs von zwei Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Besonders stark nahmen dabei neben den Krediten an finanzielle Unternehmen auch die privaten Wohnungsbaukredite zu – die beiden Positionen stiegen jeweils binnen Jahresfrist um 23,3 und 3,5 Prozent. Andere Bereiche waren dagegen leicht rückläufig: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften schrumpften um 0,9 Prozent, während Konsumenten- und sonstige Kredite an private Haushalte um ebenfalls 0,9 Prozent abnahmen (Abbildung 7). Ein ähnliches Bild zeichnet auch die Umfrage unter Geschäftsbanken (Bank Lending Survey) für die ersten beiden Quartale: per Saldo blieben die Vergabestandards in allen Kreditkategorien nahezu unverändert, allerdings stellten in den ersten beiden Quartalen jeweils 45 Prozent der Banken eine Zunahme der Nachfrage nach

Wohnungskredit fest. Dies waren deutlich mehr als bei der Nachfrage nach Konsumentenkrediten. Die Darlehensnachfrage der Unternehmen schließlich änderte sich kaum.

Abbildung 7:
Kreditsumme 2010–2015

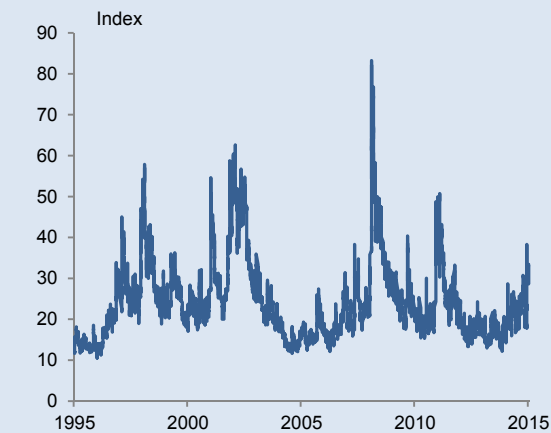


Monatsdaten.

Quelle: Thomson Reuters Datastream; eigene Berechnungen.

Nachrichten aus China führten zu einer Kurskorrektur an den Finanzmärkten. Am 24. August fiel der DAX unter die Marke von 10 000 Punkten. Damit büßte er binnen 14 Tagen in etwa ein Sechstel seines Wertes ein. Dies ging mit einer erhöhten Volatilität des deutschen Leitindex einher, welche aber keine historisch außergewöhnlichen Ausmaße annahm. Vielmehr sind vergleichbare Perioden in etwa alle zwei Jahre an den Märkten zu beobachten (Abbildung 8). Im gleichen Zeitraum gaben weltweit die Aktienpreise nach, der MSCI All Country World Index verlor etwas über zehn Prozent. Alles in allem handelte es sich wohl um eine Reaktion auf eingetrübte Aussichten für das Wirtschaftswachstum vor allem in China. Bei der Einschätzung ist zu beachten, dass in einer Niedrigzinsumgebung gegebene prozentuale Preisanpassungen aufgrund der Hebelwirkung bei den Vermögenswerten zu höheren absoluten Schwankungen führen.

Abbildung 8:
VDAX 1995–2015



Tagesdaten.

Quelle: Deutsche Börse.

Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet

Im laufenden Jahr wirkt die Finanzpolitik vor allem wegen der höheren Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung expansiv. Die „Rente mit 63“, die „Mütterrente“ und die gestiegenen Leistungen in der Erwerbsminderungsrente wurden zwar bereits im Vorjahr eingeführt, erreichen aber im laufenden Jahr ihre volle Jahreswirkung. Zudem wurde zu Jahresbeginn der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte gesenkt und das Kindergeld sowie diverse Freibeträge in der Einkommensteuer im Zuge der Festsetzung des Existenzminimums erhöht (Tabelle 2). Ferner kommt es nach der Neuberechnung der Gebühren zu Mindereinnahmen bei der Maut, die durch die Ausweitung des Mautstraßennetzes im laufenden Jahr nur zum Teil kompensiert werden. Das Budget wird hingegen dadurch positiv beeinflusst, dass die baulichen Maßnahmen zum Ausgleich der Flutschäden des Frühsommers 2013 nahezu abgeschlossen sein dürften, die Tabaksteuersätze abermals und der Beitragssatz in der Pflegeversicherung

um 0,3 Prozentpunkte angehoben wurden, wobei letzteres zur Hälfte dazu dienen soll, ein verbessertes Leistungsangebot in diesem Versicherungszweig zu finanzieren, während die andere Hälfte zum Aufbau einer Rücklage genutzt wird (Pflegestärkungsgesetz I). Mit Minderausgaben infolge des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Betreuungsgeld ist wegen des Vertrauensschutzes, den die Empfänger genießen, zunächst nicht zu rechnen. Für die Folgejahre ist nicht klar, ob mit den frei werdenden Mitteln andere zusätzliche Leistungen des Staates finanziert werden sollen. Zudem hat zumindest das Land Bayern angekündigt, das Betreuungsgeld weiter aus Landesmitteln zu gewähren. In der Summe belasten die finanzpolitischen Maßnahmen das Budget mit 8,6 Mrd. Euro. Berücksichtigt man automatische Reaktionen wie die kalte Progression und sinkende Mengensteueranteile („fiscal drag“) sinkt die Belastung auf 5,9 Mrd. Euro (0,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Im Jahr 2016 wird die Finanzpolitik abermals im Zuge der Änderungen in der Einkommensteuer und der Investitionsprogramme expansiv ausgerichtet sein. Das Investitionspaket des Bundes sieht für den Zeitraum zwischen 2016 und 2018 zusätzliche Ausgaben von 10 Mrd. Euro vor. Dabei sollen auch die Kommunen bzw. deren Investitionstätigkeit über die bereits seit dem laufenden Jahr gewährten Mittel hinaus unterstützt werden. Wir rechnen allerdings damit, dass nicht alle Mittel zu zusätzlichen Investitionen führen. Ferner wird der Einkommensteuertarif an die Inflation der vorangegangenen Jahre angepasst und das Kindergeld abermals erhöht. Auch werden die Sätze für das Wohngeld und die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) angehoben. Durch die Krankenhausstrukturreform, die Überkapazitäten im Krankenhausbereich abbauen soll, dürfte es vorerst zu Mehrausgaben kommen. Zudem soll der Breitbandnetzausbau unterstützt werden. Mehreinnahmen entstehen hingegen durch die Ausweitung der Lkw-Maut. Die jüngst beschlossenen zusätzlich im Bundeshaushalt bereitgestellten

Tabelle 2:
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen 2015–2017 (Mrd. Euro)

	2015	2016	2016 (kumuliert)	2017	2017 (kumuliert)
Steuern und Abgaben^a					
Anhebung der Tabaksteuersätze	0,2	0,0	0,2	0,0	0,2
Anhebung des Grundfreibetrags/Kindergeld/ kalte Progression	-0,8	-4,7	-5,5	0,2	-5,3
Wirkungen anderer Steuerrechtsänderungen	-0,7	-1,6	-2,3	-1,4	-3,7
Reform der Mautgebühren	-0,5	0,0	-0,5	0,0	-0,5
Ausweitung der Mautstrecken und Lkw-Klassen	0,1	0,3	0,4	0,0	0,4
Ausgaben der Gebietskörperschaften					
Finanzielle Entlastung der Kommunen	-0,8	0,0	-0,8	0,0	-0,8
Investitionsfonds Kommunen	-0,4	-0,8	-1,2	-1,2	-2,4
Infrastrukturprogramm	0,0	-1,8	-1,8	-0,7	-2,5
Wohngelderhöhung	0,0	-0,6	-0,6	0,0	-0,6
Fluthilfen	0,8	0,2	1,0	0,0	1,0
Programm für Bildung und Erziehung	-0,4	-0,4	-0,8	-0,4	-1,2
BAföG-Erhöhung		-0,1	-0,1	0,0	-0,1
Breitbandnetzausbauförderung	0,0	-0,6	-0,6	-0,5	-1,1
Sozialversicherungen					
Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung	-1,2	0,0	-1,2	0,0	-1,2
Beitragssatzanhebungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung	0,0	2,4	2,4	0,0	2,4
Krankenhausstrukturreform	0,0	-0,5	-0,5	-0,4	-0,9
Leistungsausweitung der Pflegeversicherung	-2,4	0,0	-2,4	-2,5	-4,9
Beitragssatzanhebung in der Pflegeversicherung	3,7	0,0	3,7	2,5	6,2
Beitragssatzsenkung in der Rentenversicherung	-2,0	-1,0	-3,0	0,0	-3,0
Mütterrente	-3,3	0,0	-3,3	0,0	-3,3
Renteneintritt mit 63	-1,6	0,0	-1,6	0,0	-1,6
Erwerbsminderungsrenten	-0,4	0,0	-0,4	0,0	-0,4
Geminderte Rentenanpassung ^b	1,1	1,1	2,2	0,0	2,2
Summe	-8,6	-8,1	-16,7	-4,4	-21,1
Automatische Reaktionen					
Heimliche Steuererhöhungen	5,3	3,8	9,1	6,3	15,4
Endogener Rückgang von Steuerquoten	-2,6	-3,6	-6,2	-4,1	-10,3
Summe	-5,9	-7,9	-13,8	-2,2	-16,0
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt	-0,2	-0,3	-0,5	-0,1	-0,6
<i>Nachrichtlich: Versteigerungserlös Funklizenzen</i>	5,1				

Wirkungen in Mrd. Euro im Verhältnis zum Vorjahr. — ^aWirkungen von Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr und somit nur approximativ auf die Abgrenzung der VGR. Die Abwicklung von Altfällen nach Änderung der Besteuerung von Dividenden entsprechend eines Urteils des EUGH ist nicht berücksichtigt, da diese in den VGR schon 2011/2012 verbucht wurden. — ^bGeminderte Rentenanpassung infolge des Ausbleibens der Beitragssatzsenkung ("Riester"-Faktor). Zusätzliche Effekte wegen des steigenden Rentnerquotienten sind zwar wahrscheinlich, wurden aber nicht berücksichtigt (vgl. Boss 2014).

Quelle: BMF, interne Unterlagen; BMF, Finanzbericht; eigene Schätzungen und Berechnungen.

6 Mrd. Euro im Bereich der Flüchtlingshilfe berücksichtigen wir an dieser Stelle nicht, da es sich zum einen nicht um eine Rechtsänderung im Sinne einer finanzpolitischen Maßnahme und im Gegensatz zum „fiscal drag“ nicht um eine in

den geltenden Rechtsnormen angelegte Veränderung in Reaktion auf die typischerweise nominal zunehmende Wirtschaftsleistung handelt. Zum anderen ist unklar wie viel dieser Summe zusätzliche Ausgaben sind. Ein Großteil der mit

den in Aussicht gestellten 6 Mrd. Euro verbundenen Ausgaben fällt so oder so an und würden ansonsten von Ländern und Kommunen finanziert, so dass ein wesentlicher Aspekt dieser Maßnahme die Finanzverteilung zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften ist. Insgesamt belasten die finanzpolitischen Maßnahmen den Budgetsaldo mit 8,1 Mrd. Euro. Durch den „fiscal drag“ wird die Belastung geringfügig auf 7,9 Mrd. Euro (0,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) gemindert.

Für Jahr 2017 ist nur mit einem geringfügigen finanzpolitischen Impuls zu rechnen. Die geplanten Maßnahmen, die zu Mehrausgaben führen, sind vor allem die bereits in den Vorjahren angelegten Investitionsprogramme. Zwar dürften auch die Ausgaben in der Pflegeversicherung im Rahmen des Pflegestärkungsgesetzes II steigen, das insbesondere an Demenz Erkrankten zu Gute kommen soll. Doch wird zugleich der Beitragssatz in der Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte angehoben, um die Mehrausgaben zu finanzieren. Insgesamt ist mit einer zusätzlichen Belastung des Budgets von 4,4 Mrd. Euro zu rechnen. Berücksichtigt man den „fiscal drag“ liegen die Belastungen bei 2,2 Mrd. Euro (0,1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Die Lebensleistungsrente und das Bundesteilhabegesetz bleiben vorerst unspezifiziert. Die Umsetzung zweier Projekte aus dem Koalitionsvertrag mit größerer finanzpolitischer Relevanz stehen noch aus. Zum einen ist dies die Lebensleistungsrente, bei der Renten langjähriger Beitragszahler aufgestockt werden sollen, zum anderen das Bundesteilhabegesetz, das die Kommunen von einem erheblichen Teil ihrer Sozialausgaben entlasten soll. Auch wenn es sich nur um einen Transfer innerhalb des Staates handelt, ist wahrscheinlich, dass es durch das Bundesteilhabegesetz zu Mehrausgaben kommen wird, da insbesondere Kommunen, die derzeit kaum freie Mittel für investive Ausgaben haben, von diesem Projekt profitieren sollen. Beide Projekte sind derzeit aber noch nicht hinreichend spezifiziert und zudem wird teilweise mit einer Umsetzung erst für das Jahr 2018 ge-

rechnet, so dass beide Projekte hier nicht berücksichtigt werden.

Außenhandel weiter auf Expansionskurs

Der deutsche Außenhandel dürfte weiter kräftig expandieren. Die Ausfuhren legten nach einem verhaltenen Anstieg zu Jahresbeginn im zweiten Quartal mit 2,2 Prozent deutlich zu. Diese Entwicklung wurde durch die Belebung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten und im Euroraum begünstigt. Die Einfuhren nahmen im dritten Quartal mit 0,8 Prozent recht verhalten zu. Maßgeblich dafür war, dass die Ausrüstungsinvestitionen und der private Konsum zur Schwäche tendierten. Die Terms of Trade verschlechterten sich vor allem aufgrund der vorübergehenden Erholung des Ölpreises im zweiten Quartal zum ersten Mal seit dem Jahr 2012. Für den weiteren Verlauf rechnen wir mit anhaltend robusten Zuwachsraten bei den Ausfuhren, nicht zuletzt weil sich die Erholung im Euroraum mehr und mehr festigt. Die Importe werden wohl in den kommenden beiden Jahren mit der anziehenden Binnenkonjunktur und der hohen Exportdynamik an Fahrt gewinnen. Zudem dürfte der jüngste Ölpreisverfall die Terms of Trade im laufenden und im kommenden Jahr deutlich verbessern und dadurch die Importe zusätzlich stimulieren.

Die deutschen Exporteure partizipierten im vergangenen Quartal an der Erholung im Euroraum und den Vereinigten Staaten. Der kräftige Anstieg der Ausfuhren im zweiten Quartal ging zu einem großen Teil auf eine starke Exporttätigkeit in den Euroraum und die Vereinigten Staaten zurück. Die nominalen Warenausfuhren in den Euroraum legten mit vier Prozent zu und trugen damit zwei Fünftel zum gesamten Zuwachs der Ausfuhren bei. Die Lieferungen in die Vereinigten Staaten expandierten sogar mit sieben Prozent und machten ein weiteres Fünftel des gesamten Zuwachses aus. Auch die Ausfuhren in das Vereinigte Königreich sowie in den asiatischen Raum gewannen etwas an Fahrt. Schließlich stiegen

die Exporte in die ölexportierenden Länder deutlich – wohl auch bedingt durch den im zweiten Quartal wieder leicht höheren Ölpreis und eine damit verbundene stärkere Nachfrage aus diesen Ländern. Die Ausfuhren nach Russland verzeichneten zwar zum ersten Mal seit 2012 wieder einen leichten Anstieg, sie befanden sich im Vorquartal jedoch auf dem niedrigsten Niveau seit dem Jahr 2009.

Die Ausfuhren nach China waren das zweite Quartal in Folge rückläufig. Nach einem Rückgang von über fünf Prozent im ersten Quartal, sanken sie im zweiten Quartal erneut um über vier Prozent. Dabei ist der Anteil der Ausfuhren nach China an den gesamten nominalen Ausfuhren im Laufe des ersten Halbjahres 2015 deutlich gesunken und zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder unter die Marke von sechs Prozent gefallen.

Die Exporteure von Investitionsgütern konnten bisher den Rückgang der Nachfrage aus China mit höheren Ausfuhren in andere Absatzmärkte ausgleichen. Betrachtet man die deutschen Ausfuhren nach China, so stellen Investitionsgüter die mit Abstand wichtigste Warengruppe dar (65 Prozent in 2014). Auch stellte China im Jahr 2014, nach Frankreich und den Vereinigten Staaten, mit einem Anteil von knapp zehn Prozent den größten Exportmarkt für deutsche Investitionsgüterhersteller dar. Die nominalen Investitionsgüterausfuhren im zweiten Quartal sind allerdings, trotz des Rückgangs der Nachfrage aus China, mit über 3 Prozent gestiegen. Dabei fiel der Anteil Chinas an den deutschen Investitionsgüterexporten im ersten Halbjahr 2015 deutlich auf 8,4 Prozent, während die Anteile anderer Absatzmärkte, insbesondere der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, merklich stiegen (Abbildung 9). Auch der Anteil der Investitionsgüter an den gesamten Ausfuhren nach China ging im ersten Halbjahr 2015 leicht zurück. Gleichzeitig lieferten deutsche Exporteure anteilig mehr Investitionsgüter in andere bedeutsame Absatzmärkte, insbesondere das Vereinigte Königreich, und konnten so die geringere Nachfrage aus China ausgleichen (Abbildung 10). Freilich dürfte sich eine anhaltende Ab-

kühlung der Konjunktur in China mit der Zeit deutlicher auf die stark von der Auslandskonjunktur abhängigen und auf China ausgerichteten Investitionsgüterexporte auswirken als bisher. Somit ergeben sich bei einer anhaltend rückläufigen Nachfrage aus China nicht nur für die Investitionsgüterexporte, sondern auch für die Exporte insgesamt nennenswerte Risiken (Gern et al. 2015: Kasten 1).

Die Expansion der Ausfuhren bleibt im zweiten Halbjahr trotz schwacher Exporterwartungen robust. Für das laufende Quartal rechnen wir damit, dass die Ausfuhren mit einer zwar niedrigeren, aber robusten Zuwachsrate von 1,7 Prozent expandieren werden (Abbildung 11). Darauf deuten insbesondere die für den Juli vorliegenden Werte für die nominalen Warenausfuhren hin. Zudem hat sich die Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern, insbesondere der fortgeschrittenen Volkswirtschaften, zuletzt stetig gebessert. Angesichts der bereits seit März abwärtsgerichteten und zu Beginn des laufenden Quartals nochmal nachgelassenen Exporterwartungen der deutschen Unternehmen, dürfte sich das Expansionstempo der Ausfuhren allerdings im vierten Quartal abschwächen.

In den kommenden beiden Jahren profitieren die Ausfuhren weiterhin von der recht hohen Dynamik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Über den gesamten Prognosezeitraum dürften die Ausfuhren weiter mit starken Zuwachsraten expandieren, ausgehend von der sich fortsetzenden Erholung im Euroraum sowie robusten Zuwachsraten in den Vereinigten Staaten. Von den Schwellenländern werden im Prognosezeitraum wohl keine zusätzlichen Impulse ausgehen (Abbildung 12). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dürfte sich nach einer abwertungsbedingt deutlichen Verbesserung im laufenden Jahr in den kommenden beiden Jahren kaum verändern (Abbildung 13).

Insgesamt rechnen wir mit einer Zunahme der Exporte um 6,6 Prozent für das laufende Jahr sowie mit Zunahmen von 6,8 Prozent (2016) und 6,4 Prozent (2017).

Abbildung 9:
Investitionsgüterausfuhren nach Absatzmärkten

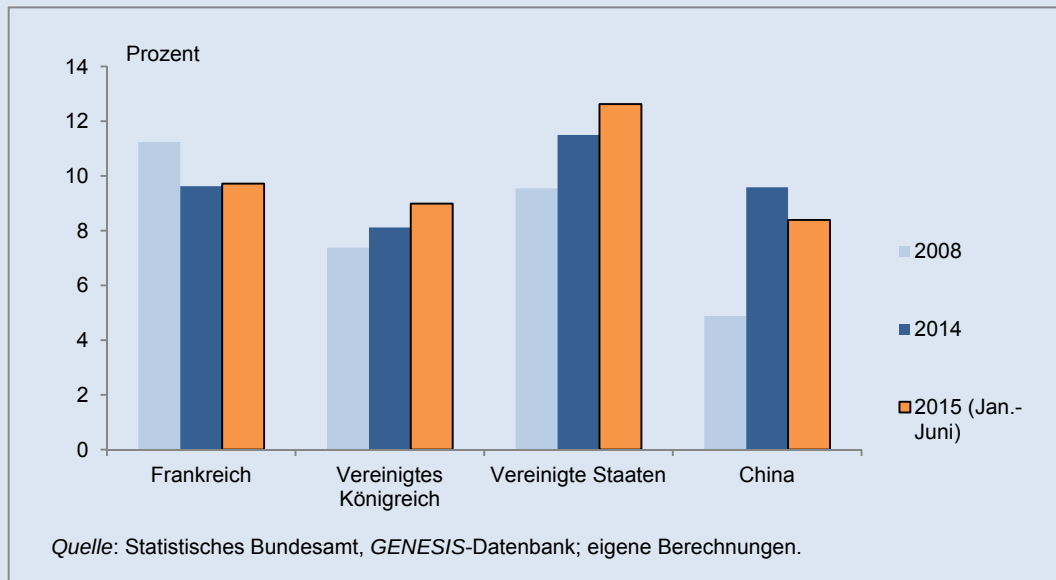


Abbildung 10:
Anteile der Investitionsgüter an den gesamten Ausfuhren nach Absatzmärkten

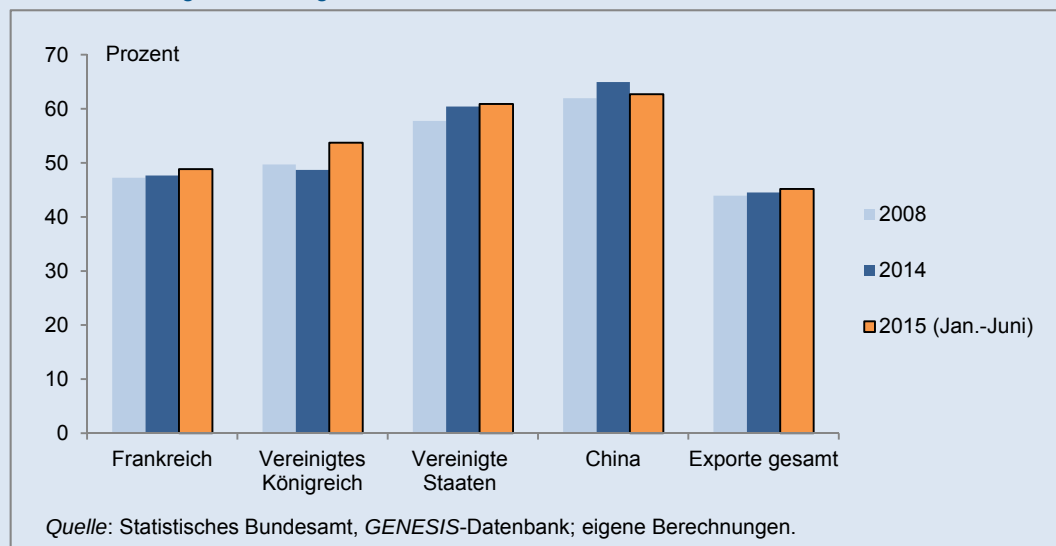
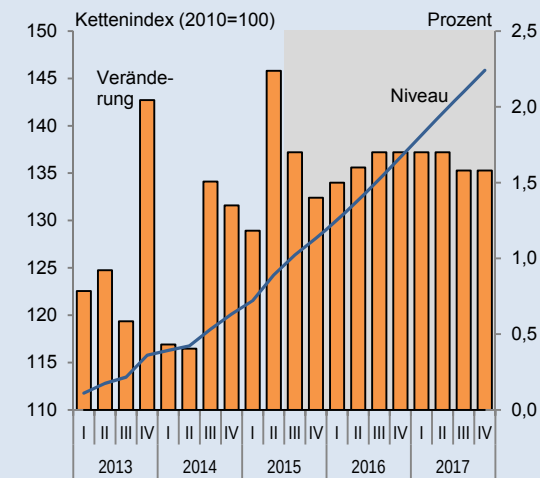


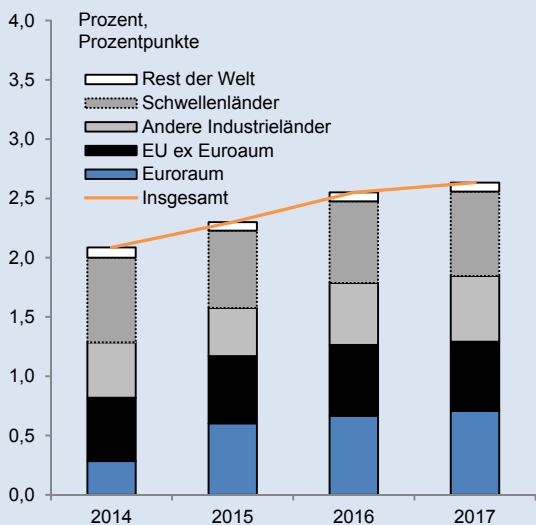
Abbildung 11:
Exporte 2013–2017



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

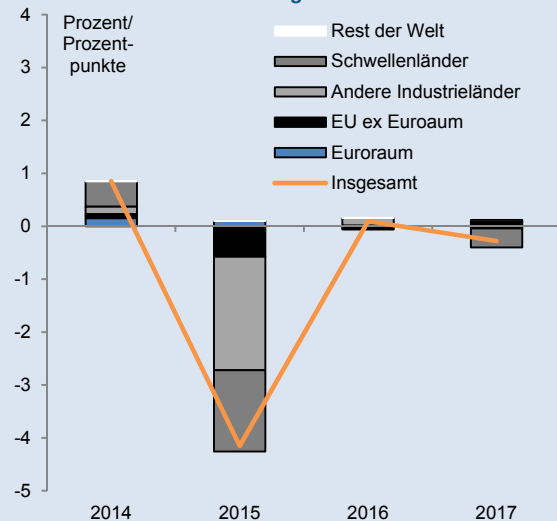
Abbildung 12:
Deutsche Exportmärkte 2014–2017



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; nationale Quellen; 2015–2017: Prognose des IfW.

Abbildung 13:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2014–2017



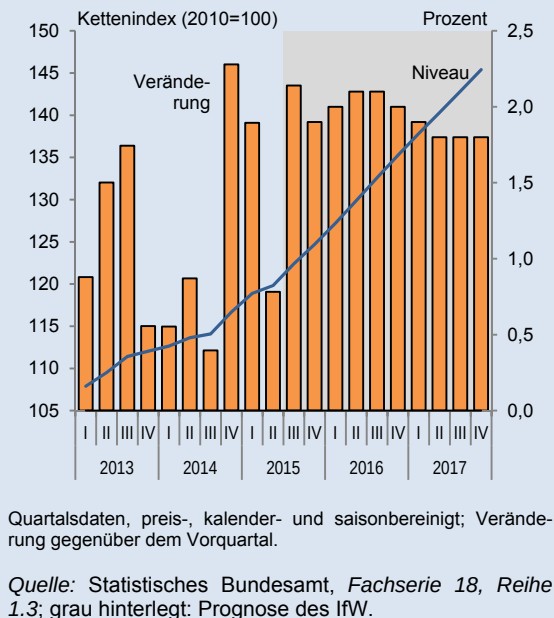
Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Handelspartnerländern der Deutschen Bundesbank; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2015–2017: Prognose des IfW.

Für den gesamten Prognosezeitraum erwarten wir bei den Einfuhren hohe Expansionsraten. Für das laufende Quartal zeichnet sich bei den Einfuhren wieder eine deutlich beschleunigte Zunahme von 2,1 Prozent ab (Abbildung 14). Darauf deuten die für den Juli vorliegenden Werte für die Wareneinfuhren hin. Auch im weiteren Verlauf werden die Einfuhren ihre hohe Dynamik wohl beibehalten. Maßgeblich dafür werden die starken Zuwachsraten des privaten Konsums und der Ausrüstungsinvestitionen sowie die robuste Dynamik bei den Exporten sein. Zudem dürfte die anhaltende Verbesserung der Terms of Trade die Einfuhren über den gesamten Prognosezeitraum tendenziell stimulieren. Alles in allem rechnen wir für das laufende Jahr mit einer Zunahme der Importe um 6,7 Prozent. Trotz des unerwartet schwachen zweiten Quartals bleiben wir somit bei unserer bisherigen Prognose für das laufende Jahr; dies ergibt sich durch eine deutliche Aufwärtsrevision der Importdaten für das erste Quartal und eine sich abzeichnende starke Zunahme im dritten Quartal. In den beiden darauffolgenden Jahren rechnen wir mit

weiteren Zuwächsen bei den Importen von 8,1 Prozent und 7,6 Prozent.

Abbildung 14:
Importe 2013–2017



Der Expansionsbeitrag des Außenhandels wird im laufenden Jahr positiv und im weiteren Verlauf in etwa neutral auf den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts wirken. Für das laufende Jahr rechnen wir mit einem Expansionsbeitrag des Außenhandels von 0,4 Prozent. Der Leistungsbilanzüberschuss wird sich über den gesamten Prognosezeitraum erhöhen. Im laufenden Jahr wird er wohl 8,8 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen und in den beiden kommenden Jahren 9,0 Prozent. Die Zunahme geht dabei größtenteils vom Außenhandel und insbesondere von den niedrigen Ausgaben für Rohstoffimporte aus, während der Saldo der Primäreinkommen sich nur geringfügig ausweiten wird.

Die Terms of Trade werden sich im laufenden Quartal aufgrund des erneuten Ölpreisrückgangs wieder deutlich verbessern. So deuten die Monatsdaten für Juni und Juli, die um einen Monat verzögert in die VGR einge-

hen, auf merkliche Rückgänge bei den Importpreisen für Erdöl und Mineralölerzeugnisse hin, nachdem diese im zweiten Quartal vorübergehend gestiegen waren. Im August dürften der anhaltende Ölpreisverfall sowie die jüngste Aufwertung des effektiven Wechselkurses die Einfuhren zusätzlich vergünstigen. Insgesamt rechnen wir mit einem Rückgang der Importpreise um 0,8 Prozent. Bei den Exportpreisen weisen die vorliegenden Monatswerte hingegen nur auf einen leichten Rückgang von 0,1 Prozent hin. Entsprechend dürften sich die Terms of Trade im laufenden Quartal um 0,7 Prozent verbessern.

Im weiteren Verlauf dürften die Außenhandelspreise wieder eine steigende Tendenz aufweisen, wobei sich die Terms of Trade verbessern werden. Im kommenden Jahr werden die Exportpreise wohl wieder positive Zuwachsraten aufweisen, da die Exporteure die mit der günstigen Arbeitsmarktentwicklung einhergehenden höheren Lohnkosten zunehmend an ihre Kunden weitergeben werden. Auch die starke Auslandsnachfrage wird die Preissetzungsspielräume der deutschen Exporteure wohl tendenziell verbessern. Die Importpreise dürften mit der Erholung des Ölpreises und der anziehenden Weltkonjunktur ebenfalls aufwärts gerichtet sein, dürften jedoch geringere Zuwachsraten aufweisen als die Exportpreise, so dass sich die Terms of Trade verbessern werden. Alles in allem dürften die Exportpreise im laufenden Jahr, vor allem aufgrund der relativ starken Zunahme im ersten Halbjahr, um 1,2 Prozent zulegen und im kommenden Jahr mit 0,7 Prozent etwas verhaltener expandieren. Für das Jahr 2017 rechnen wir mit einem Anstieg von 1,3 Prozent. Bei den Importpreisen erwarten wir Rückgänge von 1,2 Prozent in diesem Jahr und 0,9 Prozent im kommenden Jahr. Erst im Jahr 2017 werden sie wohl wieder mit einer Rate von 0,8 Prozent zunehmen. Daraus ergibt sich eine deutliche Verbesserung der Terms of Trade von 2,4 Prozent im laufenden Jahr sowie weitere Verbesserungen von 1,6 und 0,5 Prozent in den beiden darauffolgenden Jahren.

Kasten 1:**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2015**

In unserer aktuellen Herbstprognose erwarten wir für das Gesamtjahr 2015 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Unsere Prognose bleibt damit im Vergleich zu der Sommer-, Frühjahrs- und Winterprognose praktisch unverändert (Tabelle K1-1). Allerdings ergaben sich in unserer Prognose Verschiebungen hinsichtlich der Zusammensetzung der Expansion entlang der Verwendungskomponenten.

Tabelle K1-1:**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2015**

	Winterprognose		Frühjahrsprognose		Sommerprognose		Herbstprognose (aktuell)	
	Prognose	Revision	Prognose	Revision (3)-(1)	Prognose	Revision (5)-(3)	Prognose	Revision (7)-(5)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Inländische Verwendung	2,3	0,2	2,1	-0,2	1,9	-0,2	1,5	-0,4
Privater Konsum	2,8	1,0	2,7	-0,1	2,3	-0,4	2,0	-0,3
Staatlicher Konsum	1,3	-0,3	1,6	0,3	1,8	0,2	2,2	0,4
Ausrüstungen	4,4	-4,0	4,3	-0,1	4,2	-0,1	5,1	0,9
Bauten	1,4	-0,6	2,2	0,8	2,2	0,0	1,2	-1,0
Sonst. Anlageinvestitionen	2,2	-0,4	1,8	-0,4	1,9	0,1	2,7	0,8
Vorratsveränderungen	-0,4	-0,3	-0,4	0,0	-0,4	0,0	-0,7	-0,3
Außenbeitrag	-0,2	-0,1	-0,1	0,1	0,1	0,2	0,4	0,3
Ausfuhr	6,4	0,3	5,6	-0,8	5,9	0,3	6,6	0,7
Einfuhr	8,5	1,3	6,8	-1,7	6,7	-0,1	6,7	0,0
Bruttoinlandsprodukt	1,7	-0,2	1,8	0,1	1,8	0,0	1,8	0,0
Weltwirtschaft:								
Bruttoinlandsprodukt								
USA	3,2	0,2	3,0	-0,2	2,2	-0,8	2,5	0,3
Euroraum ohne Deutschland	1,0	0,0	1,1	0,1	1,3	0,2	1,4	0,1
Weltwirtschaft	3,7	0,0	3,7	0,0	3,4	-0,3	3,3	-0,1
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	-3,3	-2,9	-4,0	-0,7	-4,8	-0,8	-4,2	0,6
Exportmärkte	2,4	0,0	2,3	-0,1	2,2	-0,1	2,2	0,0
Nachrichtlich:								
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)	70,5	-	65,1	-	63,8	-	52,8	-

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparität; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; Prognose des IfW.

Während wir im Winter und Frühjahr noch einen leicht negativen Expansionsbeitrag des Außenbeitrags erwartet hatten, prognostizieren wir seit dem Sommer einen zunehmend positiven Beitrag. Maßgeblich hierfür war, dass wir die Dynamik der Einfuhren wohl überschätzt hatten, während sich unsere Prognose eines kräftigen Zuwachses bei den Exporten bisher bestätigt hat. Freilich hat zu den auffälligen Verschiebungen bei unseren Prognosen für die Einfuhren im Verlauf des Winterhalbjahres 2013/2014 auch zu einem Gutteil die relativ hohe Revisionsanfälligkeit dieser Komponente in der Quartalsrechnung beigetragen. So wurde beispielsweise Stand vergangene Winterprognose für das dritte Quartal 2013 eine Zuwachsrate der Importe von 1,7 Prozent ausgewiesen. Im Zusammenspiel mit den Frühindikatoren, die uns zu einer Prognose für das vierte Quartal von 2 Prozent veranlasst hatten, sprach aus damaliger Sicht aufgrund der sich daraus ergebender Überhangeffekte vieles für einen sehr hohen Anstieg der Importe im Jahr 2015. Zwar haben nach den derzeit vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Werten die Importe im vierten Quartal sogar um 2,3 Prozent expandiert, allerdings ist für das dritte Quartal nur noch eine Zuwachsrate von 0,4 Prozent zu verzeichnen. Diese Erfahrungen sprechen für sich genommen dafür, den quartalsmäßigen Zahlen im Außenhandel bei der Prognose am aktuellen Rand ein geringeres Gewicht zuzuweisen. Ferner hat sich unsere Prognose einer recht hohen Expansionsrate der inländischen Verwendung und dem daraus abgeleiteten Bedarf an Importgütern bisher nicht vollends bestätigt.

Im Gegensatz zum Außenbeitrag revidierten wir unsere Prognose für die inländische Verwendung seit unserer Winterprognose sukzessive nach unten, und hier insbesondere für den privaten Konsum. Maßgeblich waren niedrigere Zuwächse beim verfügbaren Einkommen einerseits und eine höhere Sparquote andererseits. Die Prognose bezüglich der Konsumausgaben des Staates haben wir indes nach oben korrigiert aufgrund der stärker als erwartet steigenden Ausgaben im Gesundheitssektor und für die Bewältigung der stark zunehmenden Flüchtlingsmigration. Schließlich weisen wir in dieser Prognose eine etwas höhere Rate für die Ausrüstungsinvestition aus als noch vor drei Monaten, was jedoch auf die spürbaren Aufwärtsrevisionen der amtlichen Werte für die ersten beiden Quartale zurückzuführen ist.

Hohe Konsumdynamik wird zunehmend durch Investitionsaufschwung flankiert

Die inländische Verwendung tendierte im zweiten Quartal vorübergehend zur Schwäche und ging um 0,3 Prozent zurück. Diese Schwäche spiegelt sich in nahezu allen Komponenten wider. So legte der private Konsum nach den kräftigen Zuwächsen in den Vorquartalen eine Verschnaufpause ein und expandierte lediglich um 0,2 Prozent. Die Bruttoanlageinvestitionen gingen sogar um 0,4 Prozent zurück. Maßgeblich war, dass die öffentlichen Bauinvestitionen sowie der Wirtschaftsbau hohe Einbußen zu verzeichnen hatten. Dabei dürfte es sich jedoch lediglich um kurzfristige Schwankungen handeln, für die diese beiden Komponenten in der Quartalsrechnung besonders anfällig sind. Die Ausrüstungsinvestitionen stagnierten, nachdem sie im Winterhalbjahr merklich zugelegt hatten.

Trotz der Sommerflaute bleiben die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte intakt. So werden die privaten Haushalte weiterhin hohe Einkommenszuwächse verbuchen können, die sich sowohl aus anhaltend kräftigen Anstiegen bei den Löhnen als auch bei den öffentlichen Sozialleistungen speisen. Vor diesem Hintergrund wird der private Verbrauch im gesamten Prognosezeitraum wohl dynamisch zulegen. Die Unternehmensinvestitionen dürften zwar stör-anfällig bleiben. Jedoch sprechen sowohl die sich – auch im Auslandsgeschäft – zunehmend bessernden Absatz- und Ertragsaussichten als auch die zyklische Komponente mit zusehends angespannten Produktionskapazitäten dafür, dass sich der Investitionsaufschwung mehr und mehr festigen wird. Da auch die Rahmenbedingungen für die Bauinvestitionen mit anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen ausgesprochen vorteilhaft bleiben, dürften im Prognosezeitraum verstärkt Expansionsimpulse von den Anlageinvestitionen ausgehen (Tabelle 3). Alles in allem rechnen wir damit, dass die heimische Absorption im kommenden Jahr um

2,3 Prozent und im Jahr 2017 um 2,5 Prozent zulegen wird, nach einem Anstieg von 1,5 Prozent im laufenden Jahr (Abbildung 15).

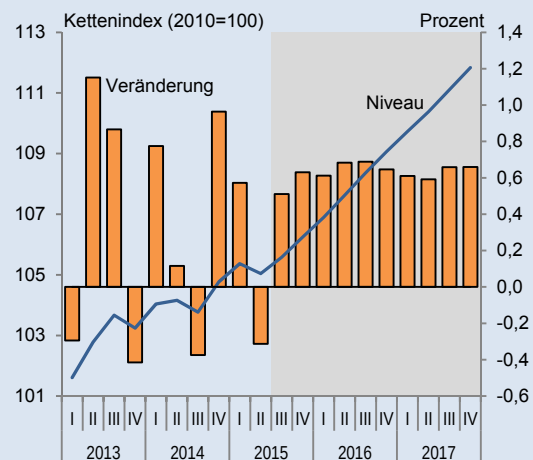
Tabelle 3:
Anlageinvestitionen 2014–2017

	2014	2015	2016	2017
Anlageinvestitionen	3,5	2,8	4,0	3,8
Unternehmensinvestitionen	3,7	2,9	4,4	3,8
Ausrüstungen	4,5	5,1	6,5	4,8
Wirtschaftsbau	2,3	-2,0	1,3	2,4
Sonstige Anlagen	3,1	2,7	3,0	2,9
Wohnungsbau	3,3	3,0	3,5	3,8
Öffentlicher Bau	2,7	0,0	3,0	3,5
Nachrichtlich: Bauinvestitionen	2,9	1,2	2,8	3,4

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 15:
Letzte inländische Verwendung 2013–2017



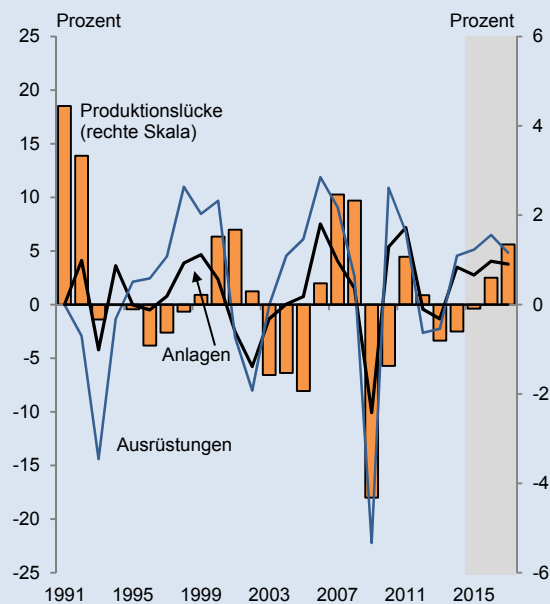
Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Die zyklischen Auftriebskräfte gewinnen bei den Ausrüstungsinvestitionen die Oberhand. Die Frühindikatoren signalisieren, dass die Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal lediglich ein vorübergehender Dämpfer war. Im dritten Quartal dürften sie um reichlich 1 Prozent zulegen. Für den weiteren Verlauf rechnen wir damit, dass sich die Expan-

sion vor dem Hintergrund der zunehmenden Auslastung der Produktionskapazitäten bis ins Jahr 2016 hinein beschleunigen wird (Abbildung 16). Die Rahmenbedingungen für eine kräftige Expansion der Ausrüstungsinvestitionen sind mit äußerst vorteilhaften Finanzierungsmöglichkeiten, einer robusten Binnenkonjunktur und einer allmählich anziehenden Kapazitätsauslastung bereits seit einiger Zeit gegeben. Gleichwohl waren in den vergangenen Jahren immer wieder zum Teil herbe Rückschläge zu verzeichnen, die den Investitionsaufschwung hinauszögerten (Abbildung 17). Maßgeblich für diese Rückschläge war wohl eine Gemengelage aus geopolitischen Risiken, die immer wieder aufkeimenden Sorgen über den Fortgang der Krise im Euroraum sowie Unsicherheiten bezüglich der Stärke der weltwirtschaftlichen Erholung. Zwar können solche Rückschläge auch im Prognosezeitraum immer wieder auftreten.

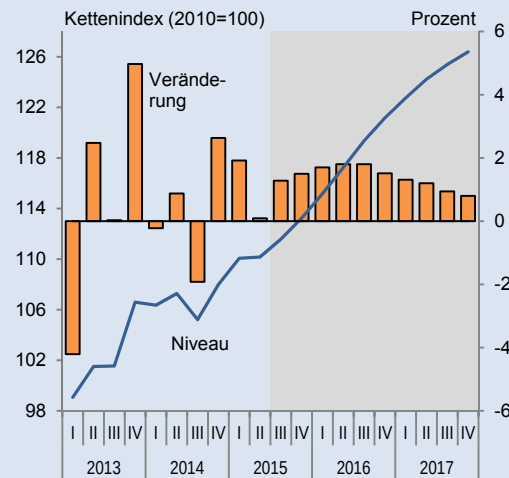
Abbildung 16:
Investitionszyklen 1991–2017



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr; Produktionslücke: in Prozent des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 17:
Ausrüstungsinvestitionen 2013–2017



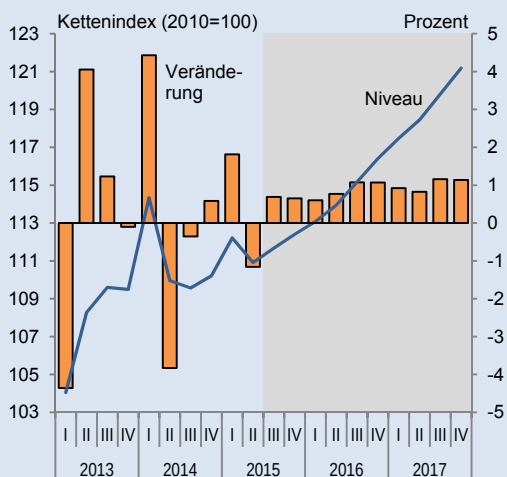
Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Allerdings spricht vieles dafür, dass sich der Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen zunehmend festigt. So hat sich die leichte Erholung im Euroraum zuletzt als robust erwiesen, so dass aufkeimende politische Unsicherheiten, wie sie jüngst in Griechenland zu verzeichnen waren, die Unternehmenszuversicht offenbar kaum noch getrübt haben. Hinzu kommt, dass die anziehende Kapazitätsauslastung die Investitionsentscheidungen zunehmend dominieren dürften. So zeigt der Order-Capacity-Index der Deutschen Bundesbank an, dass die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes bereits seit knapp zwei Jahren mehr Aufträge annehmen als sie mit bestehenden Produktionskapazitäten abarbeiten können, und die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe hat trotz zuletzt leicht rückläufiger Raten ihr Durchschnittsniveau bereits seit einiger Zeit wieder überschritten. Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr mit rund 5 Prozent voraussichtlich etwas rascher zulegen als im Vorjahr. Im kommenden Jahr dürften sie um 6,5 Prozent und im Jahr 2017 um knapp 5 Prozent expandieren.

Die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand, Unternehmen und privaten Haushalte beschleunigen sich im Gleichschritt. Im zweiten Quartal nahmen die Bauinvestitionen um mehr als 1 Prozent ab, nachdem sie im ersten Quartal noch um knapp 2 Prozent gestiegen waren (Abbildung 18). Zu diesem Verlaufsmuster beigetragen haben dürften die äußerst günstigen Witterungsbedingungen im ersten Quartal, so dass es im zweiten Quartal zu einem Rückprall gekommen ist. Ein ähnliches Muster ließ sich bereits im vergangenen Jahr erkennen. Insgesamt sind die Rahmenbedingungen für die Bauinvestitionen mit sprudelnden Steuereinnahmen, hohen Einkommenszuwächsen der privaten Haushalte sowie günstigen Absatz- und Ertragsaussichten der Unternehmen flankiert von anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen sehr anregend. Vor diesem Hintergrund dürften sich sowohl die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand als auch der private Wohnungsbau und der Wirtschaftsbau merklich beschleunigen. Für eine hohe Dynamik beim Bau spricht auch die Auftragslage. So sind die Auftragsbestände für den Wohnungsbau sowie

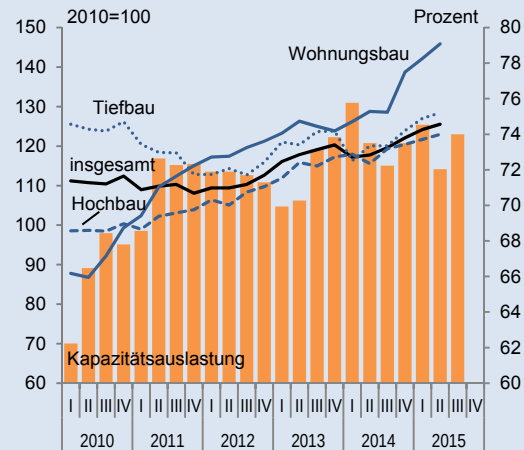
Abbildung 18:
Bauinvestitionen 2013–2017



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 19:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2010–2015



Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (2015-Q3: Jul./Aug.); Auftragsbestände: preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*.

für den Hoch- und Tiefbau allesamt in der Tendenz weiter aufwärtsgerichtet (Abbildung 19). Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im laufenden Jahr um reichlich 1 Prozent zulegen. Für die Jahre 2016 und 2017 rechnen wir mit Expansionsraten von 2,8 Prozent bzw. 3,4 Prozent. Am Ende des Prognosezeitraums würden sich die Bauinvestitionen damit auf einem Niveau befinden, dass zuletzt im Jahr 1999 zu verzeichnen gewesen war.

Der Wohnungsbau expandiert weiter dynamisch. Die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau werden mit den anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und den kräftigen Einkommenszuwächsen ausgesprochen günstig bleiben. Zwar sind die Auftragseingänge für den Wohnungsbau zuletzt etwas zurückgegangen und der Zuwachs der Wohnungsbauinvestitionen hat sich im zweiten Quartal etwas verlangsamt. Allerdings haben die Auftragsbestände bis zuletzt zugenommen und befinden sich auf einem hohen Niveau. Hinzu kommt, dass die hohe Zuwanderung den Bedarf an Wohnraum spürbar steigen lässt. Alles in allem dürfte der private Wohnungsbau im laufenden Jahr um 3,0 Prozent expandieren und sich in

den Jahren 2016 und 2017 auf 3,5 Prozent bzw. 3,8 Prozent beschleunigen.

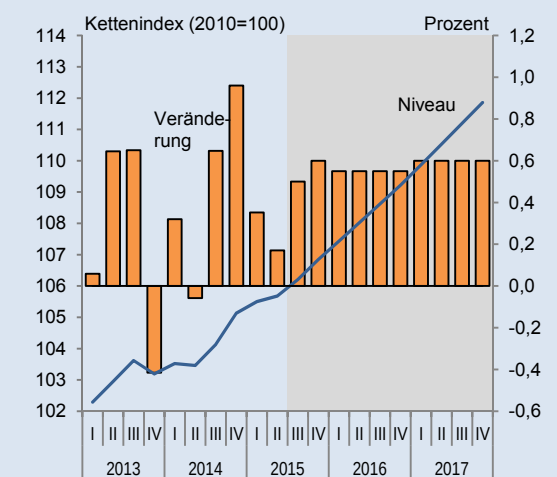
Der Wirtschaftsbau zieht wieder an. Bei dem kräftigen Rückgang des Wirtschaftsbaus um rund 4 Prozent im zweiten Quartal dürfte es sich lediglich um ein kurzes Zwischentief gehandelt haben. Im Prognosezeitraum wird der Wirtschaftsbau voraussichtlich wieder deutlich aufwärts gerichtet sein. Er dürfte dabei zusehends von den allgemein günstigen Rahmenbedingungen für Unternehmensinvestitionen und den zunehmend angespannten Produktionskapazitäten stimuliert werden. Im laufenden Jahr wird der Wirtschaftsbau zwar wohl noch um 2 Prozent zurückgehen. Dieser Rückgang ergibt sich vor allem durch das schwache zweite Quartal. Für die kommenden Jahre rechnen wir mit Anstiegen beim Wirtschaftsbau von 1,3 Prozent (2016) und 2,4 Prozent (2017).

Die Bauinvestitionen des Staates sind im ersten Halbjahr merklich zurückgegangen. Eine Ursache für diesen Rückgang dürfte der Abschluss der Instandsetzungsarbeiten von Infrastruktur sein, die durch das Hochwasser im Frühsommer 2013 beschädigt wurde. Im weiteren Verlauf dieses Jahres rechnen wir aber mit einer Belebung im Bereich der öffentlichen Bauten, wofür unter anderem der starke Auftragseingang zu Beginn des Jahres spricht. Die Aktivität wird in den Jahren 2016 und 2017 zunehmend an Fahrt gewinnen, da die Unterstützungsprogramme für die Kommunen, die für den Großteil der öffentlichen Bauinvestitionen verantwortlich sind, und die Investitionsprogramme des Bundes in die Umsetzung gelangen. So gehen wir für das kommende Jahr von einem Anstieg der öffentlichen Bautätigkeit von 3,0 Prozent und für das Jahr 2017 von 3,5 Prozent aus.

Der private Konsum legt nur eine kurze Verschnaufpause ein. Nach den kräftigen Anstiegen in der zweiten Jahreshälfte des Vorjahres, expandierte der private Konsum mit 0,3 Prozent im ersten Quartal und 0,2 Prozent im zweiten Quartal nur verhalten (Abbildung 20). Hintergrund ist, dass die real verfügbaren Einkommen

im Verlauf der ersten Jahreshälfte kaum noch expandierten, auch weil im zweiten Quartal die vorübergehende Erholung bei den Ölpreisen zu einem Schub bei den Verbraucherpreisen geführt hat. Hinzu kam, dass sich die Sparquote etwas erhöhte. Im Prognosezeitraum werden die privaten Konsumausgaben voraussichtlich jedoch wieder mit höheren Raten zulegen. Die Einzelhandelsumsätze sowie die anhaltend hohe Kauflaune der Konsumenten sprechen dafür, dass der private Verbrauch bereits im dritten Quartal wieder in merklich höherem Tempo ausgeweitet werden wird. Die fundamentalen Rahmenbedingungen sind aufgrund der anhaltend günstigen Arbeitsmarktentwicklung und der niedrigen Energiepreise ohnehin äußerst anregend.

Abbildung 20:
Private Konsumausgaben 2013–2017



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau unterlegt: Prognose des IfW.

Die günstige Einkommensentwicklung feuert den privaten Verbrauch weiter an. Der Aufschwung wird im Prognosezentrum weiterhin durch eine kräftige Expansion des privaten Konsums geprägt werden. Grundlage dafür sind weiterhin die hohen Einkommenszuwächse, die sich durch die anhaltend günstige Arbeitsmarktentwicklung einstellen dürften. Hinzu kommt, dass wohl auch die monetären Sozialleistungen weiter spürbar anziehen werden und es im Jahr

2016 zu Entlastungen vonseiten der Einkommensteuer kommen wird. Zwar werden einige temporär stimulierende Faktoren, die den Einkommenszuwachs zuletzt zusätzlich angetrieben haben, wie beispielsweise die Einführung der Mütterrente und des Mindestlohns, keine zusätzlichen Impulse mehr liefern. Auch dürften die Verbraucherpreise, die zuletzt durch den massiven Ölpreisrückgang gedrückt worden sind und so die reale Kaufkraft der privaten Haushalte gestärkt haben, im Prognosezeitraum allmählich wieder anziehen. Allerdings gehen wir davon aus, dass sich die Sparquote, die sich im Zuge der realen Einkommenszuwächse in den vergangenen Quartalen spürbar erhöht hatte, allmählich wieder verringert. Vor diesem Hintergrund dürfte die Konsumdynamik im gesamten Prognosezeitraum hoch bleiben und sich in der Tendenz sogar weiter beschleunigen.

Der private Konsum dürfte im Prognosezeitraum so stark zulegen wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Nach einem Anstieg von 2 Prozent im laufenden Jahr dürfte der private Konsum in den Jahren 2016 mit 2,3 Prozent und im Jahr 2017 mit 2,2 Prozent so kräftig zulegen wie in den vergangenen 15 Jahren nicht mehr. Wir rechnen damit, dass sich die Zuwachsraten im Quartalsverlauf sogar leicht beschleunigen werden; die geringfügig niedrigere Zuwachsrate im Jahr 2017 ergibt sich durch einen Kalendereffekt. Die Sparquote wird sich nach einem Zwischenhoch, das sich durch die hohen nominalen Einkommenszuwächse und den ölpreisbedingten Kaufkraftgewinn ergeben dürfte, wohl allmählich wieder zurückbilden. Für die Prognose unterstellen wir, dass die Sparquote im Jahr 2017 bei 9,6 Prozent liegen wird. Damit würde sie die Hälfte des Zuwachses, der sich zwischen den Jahren 2014 (9,2 Prozent) und 2016 (10 Prozent) ergeben dürfte, wieder wettmachen.

Verarbeitendes Gewerbe treibt die Wertschöpfung

Im ersten Halbjahr spiegelt der merklich Anstieg der Bruttowertschöpfung im verarbei-

tenden Gewerbe die Exportdynamik wider. Ebenso nahm die Aktivität der Unternehmensdienstleister, die typischerweise mit dem verarbeitenden Gewerbe verbandelt sind, spürbar zu. Ferner stieg die Aktivität im Bausektor spürbar – wenn auch konzentriert auf das erste Quartal und mit einer Gegenbewegung im zweiten Quartal. Zur Schwäche neigten hingegen die sonstigen Dienstleister. Die Bruttowertschöpfung der Finanz- und Versicherungsdienstleister sank sogar spürbar.

Die positive Tendenz im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe dürfte in den kommenden Quartalen vorerst anhalten. Wir gehen davon aus, dass der Rückgang im Baugewerbe im zweiten Quartal nur eine vorübergehende Korrektur des extrem starken ersten Quartals war (Tabelle 4). Die Rahmenbedingungen für einen fortgesetzten Aufschwung im Bausektor bleiben schließlich bestehen. In Sektor Handel, Gastgewerbe und Verkehr dürfte angesichts der Aussichten für den privaten Konsum eine merkliche Aufwärtstendenz bestehen. Stärkere Zuwächse erwarten wir zudem im Bereich Information und Kommunikation. Die Aktivität der Finanz- und Versicherungsdienstleister wird angesichts des Niedrigzinsumfelds hingegen wohl noch einige Zeit gedämpft bleiben, auch dürften die sonstigen Dienstleister keine starke Dynamik entfalten.

Ölpreisverfall dämpft die Inflation

Energie und sonstige Rohstoffe sind weiterhin günstig. Nach einer Erholung im Frühjahr gab der Ölpreis zuletzt wieder nach. Ein Fass der Sorte Brent wurde Ende August für knapp 48 Dollar gehandelt, womit der Preis um etwa 50 Prozent niedriger lag als vor einem Jahr. Auch andere Rohstoffe verzeichneten einen Preisrückgang. So notierte der HWWI-Rohstoffpreisindex für den Euroraum bei 76,8 Punkten, was einem Rückgang von 35 Prozent gegenüber August 2014 entspricht. Werden Energierohstoffe ausgenommen, so sank der Index immer noch um 12 Prozent.

Tabelle 4:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2015–2016

	2015				2016	
	I	II	III	IV	I	II
<i>Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent</i>						
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung	0,4	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,7	0,8	0,5	0,8	0,8	0,8
Verarbeitendes Gewerbe	0,6	0,6	0,5	0,8	0,8	0,8
Baugewerbe	2,3	-1,2	1,0	0,8	0,7	0,7
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,2	0,2	0,4	0,6	0,6	0,8
Information und Kommunikation	0,0	1,3	0,5	0,8	0,8	0,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,3	-1,1	-0,2	-0,1	0,0	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister	0,1	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2

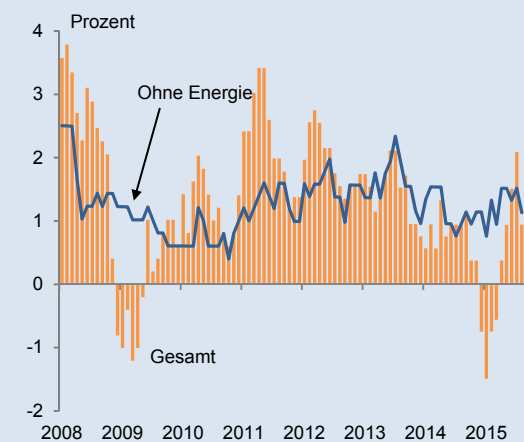
Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Der Verbraucherpreisanstieg war zuletzt verhalten. Im zweiten Quartal stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nach einem weiteren Anstieg der Inflationsrate im Juli ließ diese im August aber wieder etwas nach. Im annualisierten Sechsmonatsvergleich stieg der Verbraucherpreisindex zuletzt um 0,9 Prozent und nach Herausrechnung der Energiekomponente um 1,1 Prozent (Abbildung 21). Der Preisauftrieb war in den Kategorien Alkohol, Tabak, Hotels, Gaststätten und Gesundheitsleistungen besonders stark, während die Komponenten Kommunikation, Transport und Bildung dämpfend wirkten.

Die Preisentwicklung ist aufwärtsgerichtet. Zuletzt kam der Preisauftrieb nahezu zum Erliegen. Von einer anhaltenden deflationären Entwicklung ist aber nicht auszugehen, da der schwache Preisauftrieb auch auf Ursachen wie den Ölpreiserückgang und die leichte Aufwertung des Euro zurückzuführen ist. Dafür spricht auch der die heimische Preiskomponente abbildende BIP-Deflator, der in den ersten beiden Quartalen bei 2,0 und 2,1 Prozent lag. Alles in allem dürfte die Inflationsrate in diesem Jahr 0,3 Prozent betragen. Für 2016 rechnen wir mit einem

Abbildung 21:
Verbraucherpreise 2008–2015

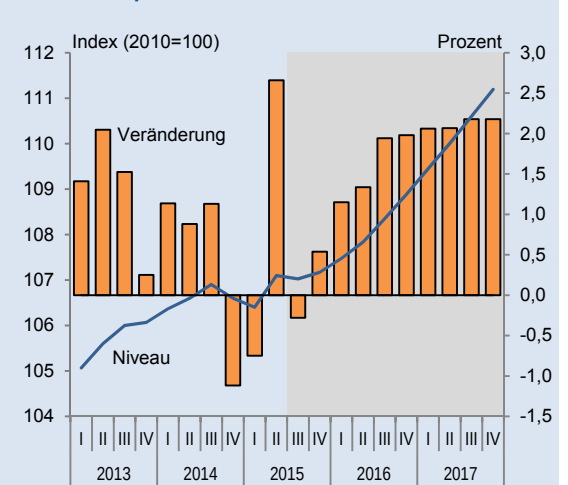


Monatsdaten, saisonbereinigt; Veränderung in den vergangenen sechs Monaten; Jahresrate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

Anstieg der Verbraucherpreise um 1,2 Prozent. Dieser dürfte sich auch wegen der zunehmenden Auslastung der Produktionskapazitäten auf 1,9 Prozent in 2017 beschleunigen (Abbildung 22).

Abbildung 22:
Verbraucherpreise 2013–2017



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Der Anstieg bei den Hauspreisen setzte sich fort. Im Juli verzeichnete der Index von Europace einen Zuwachs von 5,3 Prozent gegenüber dem gleichen Monat in 2014; über die letzten fünf Jahre nahm er um 23,5 Prozent zu. Damit stiegen die Hauspreise schneller als der Verbraucherpreisindex. Die Mieten hielten mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Laut OECD mussten Käufer in 2014 etwa 95 Jahresmieten aufbringen. Fünf Jahre zuvor lag das Preis-Miet-Verhältnis noch bei 79. Die zunehmende Diskrepanz ist sicherlich Folge des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes, welches die gleichgewichtige Rendite auch am Immobilienmarkt reduziert.

Reale Lohnstückkosten rückläufig

Der Tariflohnanstieg dürfte sein Tempo in diesem und im kommenden Jahr beibehalten. Die diesjährige Tarifrunde ist weitestgehend abgeschlossen. Demnach beschleunigt sich der Tariflohnanstieg im weiteren Verlauf dieses Jahres noch leicht, so dass im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs von rund 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht wird. In einigen

großen Tarifbereichen reichen die Tarifverträge bereits weit in das kommende Jahr hinein. Während im öffentlichen Dienst der Länder, im Einzelhandel und im Groß- und Außenhandel die Entgelte stärker als in diesem Jahr steigen werden, ist in der chemischen Industrie und in der Metall- und Elektroindustrie ein geringerer Anstieg angelegt. Für den Jahresdurchschnitt 2016 erwarten wir insgesamt einen Zuwachs der Tarifverdienste von 2,5 Prozent (Tabelle 5). Im Jahr 2017 dürften die Tarifverdienste schneller steigen, da den Tarifpartnern dann aufgrund von höheren Preis- und Produktivitätssteigerungen voraussichtlich ein höherer Verteilungsspielraum zur Verfügung steht wird.

Tabelle 5:
Löhne und Produktivität 2014–2017

	2014	2015	2016	2017
Stundenkonzept				
Tariflöhne	3,0	2,4	2,5	2,9
Effektivlöhne	2,1	2,5	2,2	3,4
Lohn drift	-0,9	0,1	-0,3	0,6
Lohnkosten	2,0	2,3	2,2	3,2
Arbeitsproduktivität	0,4	0,8	1,5	1,3
Lohnstückkosten	1,7	1,5	0,7	1,8
Lohnstückkosten (real)	-0,1	-0,5	-1,2	-0,3
Personenkonzept				
Tariflöhne	2,9	2,4	2,5	2,9
Effektivlöhne	2,7	3,2	2,1	3,1
Lohn drift	-0,2	0,8	-0,4	0,3
Lohnkosten	2,6	3,0	2,1	3,0
Arbeitsproduktivität	0,7	1,3	1,4	1,2
Lohnstückkosten	1,9	1,7	0,7	1,7
Lohnstückkosten (real)	0,2	-0,3	-1,3	-0,3

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohn drift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Tarifverdienststatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

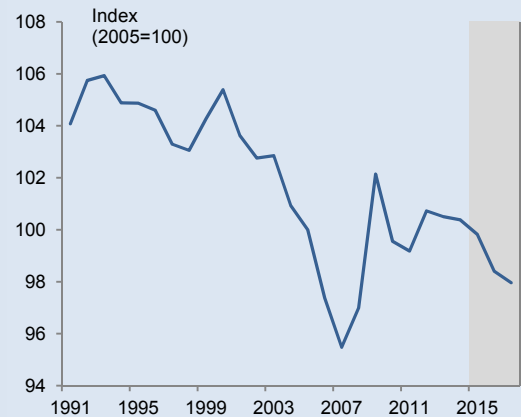
Effektiv steigen die Löhne in diesem Jahr aufgrund der Mindestlohneinführung deutlich stärker als die Tarifverdienste. Während die Tarifverdienste im ersten Halbjahr dieses Jahres um durchschnittlich 2,2 Prozent zuleg-

ten, stiegen die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) mit 2,9 Prozent spürbar stärker. Dies dürfte maßgeblich auf die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu Jahresbeginn zurückzuführen sein. Während die Tarifverdienste kaum direkt von der Mindestlohneinführung beeinflusst werden, werden die durchschnittlichen Effektivverdienste unseren Schätzungen zufolge durch die Mindestlohneinführung um bis zu 0,9 Prozent zusätzlich angehoben.² Für das Gesamtjahr rechnen wir mit einem Zuwachs der Effektivlöhne pro Kopf von 3,2 Prozent. Im kommenden Jahr fällt der Lohnanstieg aufgrund des Wegfalls des Mindestlohneffekts merklich niedriger aus; wir erwarten ein Plus von 2,1 Prozent. Im Jahr 2017 dürften die Lohnsteigerungen sowohl höher als im Vorjahr als auch im Vergleich zu den Tariflöhnen ausfallen, da die Anspannungen am Arbeitsmarkt aufgrund des fortgesetzten Aufschwungs weiter zunehmen und dadurch auch übertarifliche Entgeltkomponenten an Bedeutung gewinnen werden.

Das Verhältnis zwischen realen Lohnkosten und Produktivität nimmt allerdings weiter ab. Die Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) dürften im kommenden und im darauffolgenden Jahr um 2,1 bzw. 3,0 Prozent zulegen, nach 3,0 Prozent in diesem Jahr. Die nominalen Lohnstückkosten werden unter Berücksichtigung der Produktivitätsentwicklung mit 0,7 bzw. 1,7 Prozent anziehen, nach 1,7 Prozent in diesem Jahr. Da allerdings auch die Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts) weiterhin spürbar steigen, werden die realen Lohnstückkosten über den gesamten Prognosezeitraum sinken, nachdem sie bereits in den vergangenen beiden Jahren rückläufig waren (Abbildung 23). Somit werden von der Lohnkostenseite gesamtwirtschaftlich betrachtet weiterhin positive Impulse auf die Arbeitsnachfrage ausgehen.

² Siehe Boysen-Hogrefe et al. (2014: Kasten 1) für eine detaillierte Herleitung dieses Effekts.

Abbildung 23:
Reale Lohnstückkosten 1991–2017



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

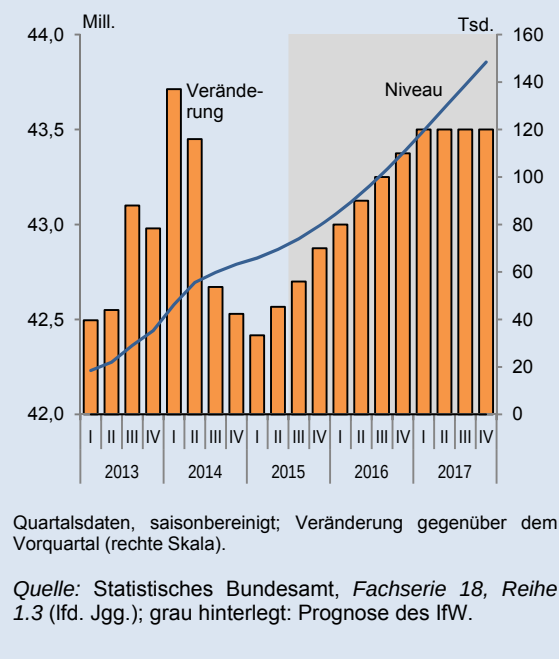
Beschäftigungsaufbau durch Mindestlohn vorübergehend gedämpft

Das Tempo des Beschäftigungsaufbaus hat sich abgeschwächt. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm in den zurückliegenden drei Quartalen saisonbereinigt um durchschnittlich rund 40 000 Personen zu. Zwischen 2010 und 2014 war das Tempo fast ausnahmslos mindestens doppelt so hoch. Die Verlangsamung geht im Wesentlichen auf einen drastischen Rückgang der Zahl der Minijobber zurück, die im Juni um rund 200 000 niedriger war als im Vorjahresmonat. Ein direkter Zusammenhang mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns liegt nahe. Die Tatsache, dass im gleichen Zeitraum die Zahl aller Erwerbstätigen deutlich langsamer gestiegen ist als zuvor, spricht dafür, dass die weggefallenen Minijobs größtenteils nicht in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder andere Beschäftigungsformen umgewandelt wurden (Groll 2015).

Die Beschäftigung nimmt im Prognosezeitraum wieder schneller zu. Die Frühindikatoren haben sich in den vergangenen Monaten erneut verbessert. Die Zahl der offenen Stellen nimmt

auf hohem Niveau weiter zu, und auch das ifo Beschäftigungsbarometer signalisiert tendenziell eine verstärkte Arbeitskräftenachfrage seitens der Unternehmen. Der erste dämpfende Effekt der Mindestlohneinführung dürfte in den Hintergrund treten, so dass die robuste konjunkturelle Dynamik wieder stärker am Arbeitsmarkt sichtbar werden wird (Abbildung 24). Für das nächste Jahr rechnen wir mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit von rund 320 000 Personen, nach einem Plus von 200 000 Personen in diesem Jahr (Tabelle 6). Im Jahr 2017 steht einer weiteren Beschleunigung der Konjunktur ein erneuter dämpfender Effekt vonseiten der Mindestlohnregelung entgegen, da die vorübergehenden Ausnahmen vom Mindestlohn Ende 2016 auslaufen. Zudem kann zum 1. Januar 2017 der Mindestlohn erhöht werden, sofern dies von der Mindestlohnkommission bis zum 30. Juni 2016 beschlossen wird.

Abbildung 24:
Erwerbstätige 2013–2017



Die hohe Zuwanderung nach Deutschland lässt das Erwerbspersonenpotenzial weiter zunehmen. Während die Alterung der heimi-

schen Bevölkerung für sich genommen das Erwerbspersonenpotenzial reduziert, wird es derzeit durch die steigende Erwerbsbeteiligung insbesondere von Älteren und Frauen und vor allem durch die starke Zuwanderung in Summe erhöht. Der Wanderungssaldo lag im vergangenen Jahr bereits bei 550 000 Personen, und in diesem Jahr zeichnet sich eine weitere spürbare Zunahme ab. Wir rechnen mit einem Wanderungsüberschuss von 760 000 Personen. Dabei hat sich zuletzt die Struktur der Immigration verschoben. Während zwischen 2010 und 2013 die Zuwanderung aus den osteuropäischen EU-Beitrittsländern und aus den südeuropäischen Krisenländern dominierte, gewann in jüngerer Vergangenheit die Flüchtlingsmigration zunehmend an Bedeutung und dürfte auch in den kommenden Jahren bedeutsam bleiben (Kasten 2). Die Verschiebung sorgt dafür, dass sich das Erwerbspersonenpotenzial zunächst weniger stark erhöht, als es die hohe Einwanderung nahelegt, nicht zuletzt da der Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende gerade am Anfang erheblich beschränkt ist. Allerdings wurde der Arbeitsmarktzugang bereits merklich erleichtert, und weitere Erleichterungen werden aktuell diskutiert. Die Zuwanderung aus den ost- und südeuropäischen EU-Staaten dürfte indes tendenziell nachlassen, da sich die dortigen Arbeitsmärkte gegenüber Deutschland weiter verbessern werden. Vor diesem Hintergrund erwarten wir zwar einen weiterhin hohen, jedoch abnehmenden Wanderungsüberschuss im Prognosezeitraum. Das Erwerbspersonenpotenzial dürfte im Ergebnis zunehmend langsamer steigen.

Die Arbeitslosigkeit sinkt aufgrund des zunehmenden Erwerbspersonenpotenzials daher in geringerem Umfang als die Beschäftigung steigt. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte zunächst nur kaum abnehmen (Abbildung 25). Erst im späteren Verlauf des Prognosezeitraums schlagen sich die Beschäftigungszuwächse zunehmend in rückläufigen Arbeitslosenzahlen nieder. Für den Jahresdurchschnitt 2016 und 2017 rechnen wir mit 2,7 bzw. 2,5 Mill. Arbeitslosen (Quote: 6,2 bzw. 5,6 Prozent).

Tabelle 6:
Beschäftigung 2013–2017 (1 000 Personen)

	2013	2014	2015	2016	2017
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	57 639	58 349	58 914	59 290	59 847
Erwerbstätige (Inland)	42 328	42 703	42 903	43 220	43 675
Selbständige	4 460	4 397	4 311	4 266	4 226
Arbeitnehmer (Inland)	37 869	38 305	38 592	38 954	39 449
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29 729	30 219	30 758	31 154	31 649
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	5 018	5 028	4 840	4 811	4 811
Pendlersaldo	59	63	69	69	69
Erwerbstätige (Inländer)	42 269	42 639	42 834	43 150	43 605
Arbeitnehmer (Inländer)	37 810	38 242	38 523	38 885	39 380
Registrierte Arbeitslose	2 949	2 897	2 795	2 710	2 455
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,9	6,7	6,4	6,2	5,6
Erwerbslosenquote (Prozent)	4,9	4,7	4,4	4,2	3,6

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IFW.

Kasten 2:

Prognose der Nettozuwanderung nach Deutschland im Kontext der Flüchtlingsmigration*

Deutschland erlebt derzeit die höchste Zuwanderung seit Anfang der 1990er Jahre. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass der Anteil von Flüchtlingen und Asylsuchenden drastisch gestiegen ist. Wurden im Jahr 2010 noch rund 48 000 Asylanträge in Deutschland gestellt, so waren es im Jahr 2014 schon über 200 000. In diesem Jahr waren es allein zwischen Januar und Juli 220 000 Anträge. Laut dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung befinden sich 77 Prozent der Migranten im erwerbstätigen Alter zwischen 15–64 Jahren (IAB 2015).

Bereits Ende des vergangenen Jahres wurden Neuregelungen für einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt für diese Personen beschlossen. Die Wartefrist für eine Erwerbstätigkeit von Menschen mit einer Aufenthaltsgenehmigung wurde von neun auf drei Monate und von geduldeten Personen von zwölf auf ebenfalls drei Monate verringert. Nach dieser Frist kann zukünftig die Genehmigung zur Ausübung einer Beschäftigung erhalten werden. Jedoch gilt weiterhin ein nachrangiger Arbeitsmarktzugang, der einer Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedarf. Die Zustimmung basiert auf einer Arbeitsmarktprüfung, die gleichwertige Arbeitsbedingungen vorschreibt, und auf einer Vorrangprüfung, die prüfen soll, ob nicht ein deutscher, ein EU-Staatsbürger oder ein anderer ausländischer Staatsbürger mit Aufenthaltsstatus für eine Stellenausschreibung präferiert werden kann. Die Vorrangprüfung entfällt jetzt bereits nach 15 Monaten, zuvor waren es 48 Monate.

Der gestiegenen Bedeutung der Flüchtlingsmigration soll im Folgenden in einem Prognosemodell für die Nettozuwanderung nach Deutschland Rechnung getragen werden. Dieses Modell basiert auf dem Modell von Meier (2013), das im Rahmen eines dynamischen ökonometrischen Ansatzes den Wanderungssaldo der vergangenen 50 Jahre auf die Differenz zwischen Arbeitslosenquoten in Deutschland und im relevanten Ausland regressiert. Es handelt sich dabei um ein Fehlerkorrekturmodell, das die Nettozuwanderung in eine langfristige Beziehung mit der Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen Deutschland und den EU-15 Ländern und der Kurzarbeiterquote setzt, und zudem die kurzfristige Dynamik derselben Variablen berücksichtigt.

Das beschriebene Modell wird zunächst mit aktuellen Daten repliziert. Mit einer erweiterten Zeitspanne von 1975–2014 wird das Fehlerkorrekturmodell neu geschätzt und die Nettozuwanderung bis 2017 prognostiziert. Das Modell zeichnet die stark gestiegene Zuwanderung bis ins Jahr 2014 gut nach, und prognostiziert mit 380 000 (2015), 346 000 (2016) und 368 000 Personen (2017) einen tendenziell rückläufigen Wanderungssaldo.

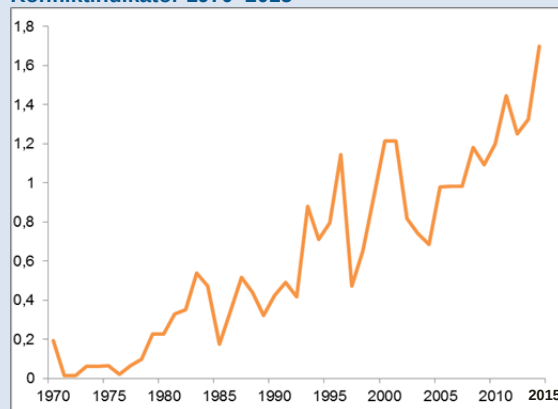
Der prognostizierte Rückgang der Nettozuwanderung in der Modellreplikation rührt daher, dass in Zeiten schlechter Konjunktur mit hoher Arbeitslosigkeit außerhalb Deutschlands verstärkt Migration ins wirtschaftlich prosperierende Deutschland stattfindet. Mit der allmählichen Arbeitsmarkterholung insbesondere der südeuropäischen Krisenländer relativ zu Deutschland lässt dieser Faktor jedoch peu à

peu nach, was zu einer Verringerung der Nettozuwanderung im Modell führt. In der Tat war der Wanderungssaldo gegenüber Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien im vergangenen Jahr bereits rückläufig.

Die stark gestiegene Zuwanderung von Asylsuchenden, ausgelöst durch eine zunehmende Zahl an schweren und andauernden Konflikten in der Welt, wird im ursprünglichen Modell allerdings nicht berücksichtigt. Um diese Entwicklung zu berücksichtigen, wird dem bestehenden Prognosemodell ein sogenannter Konfliktindikator hinzugefügt. Auf Basis der ausführlichen Dokumentierung und Datensammlung aller weltweiten Konflikte seit 1946 des „Uppsala Conflict Data Program“ und des „Peace Research Institute Oslo“ (Pettersson und Wallensteen 2015) haben wir einen Konfliktindikator konstruiert. Hierbei berechnet sich der Indikator aus der Zahl der Konflikte im Jahr t gewichtet mit dem Anteil der betroffenen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung aller betrachteten Länder. Die Zahl der Konflikte leitet sich zum einen aus der Zahl an schweren Konflikten mit mehr als 1 000 Todesopfern ab und zum anderen aus einer geografischen Eingrenzung auf Konflikte in Osteuropa, dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika nördlich des Äquators, welche für die Zuwanderung nach Deutschland von besonderer Bedeutung sind. Der so berechnete Indikator zeigt eine deutliche Aufwärtstendenz in den vergangenen Jahren (siehe Abbildung K2-1).

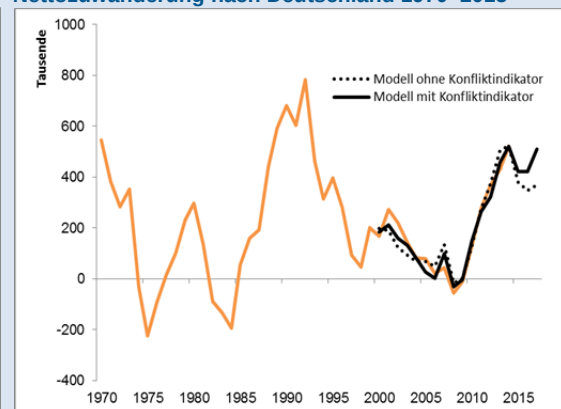
Nach Hinzufügen dieses neuen Konfliktindikators (als Veränderungsrate) als erklärende Variable wird das resultierende Modell neu geschätzt. Hierbei bleiben Arbeitslosenquotendifferenz und Kurzarbeiterquote weiterhin in der Langfristbeziehung des Fehlerkorrekturmodells bestehen, und zu den Veränderungen der Arbeitslosenquotendifferenz und der Kurzarbeiterquote fügt sich die Veränderung des Konfliktindikators verzögert hinzu. Auf Basis dieser modifizierten Schätzgleichung entsteht ein tendenziell anderes Prognosebild: Demnach beläuft sich die Nettozuwanderung auf 422 000 (2015), 420 000 (2016) und auf 510 000 Personen (2017). Diese Prognose sieht somit ein weiterhin hohes Niveau der Migration für die kommenden drei Jahre voraus, was einen Unterschied zu der Vorhersage des Modells ohne Konfliktindikator darstellt (Abbildung K2-2).

Abbildung K2-1:
Konfliktindikator 1970–2015



Quelle: Uppsala Conflict Data Program und Peace Research Institute Oslo; eigene Berechnungen.

Abbildung K2-2:
Nettozuwanderung nach Deutschland 1970–2015

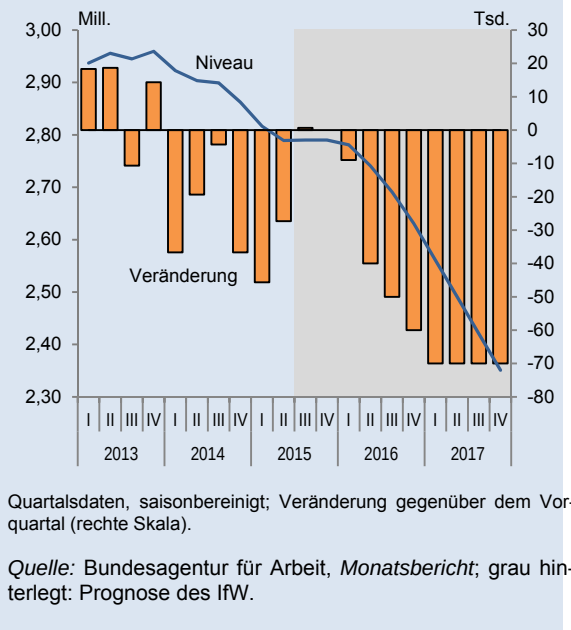


Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen.

Die Aufnahme des Konfliktindikators in das Prognosemodell ist nur als erster Schritt zu verstehen, um der verstärkten Flüchtlingsmigration Rechnung zu tragen. Die Nettozuwanderung in diesem Jahr wird vermutlich merklich über der Modellprognose liegen. Gleichwohl kann das Modell für die Verschiebung in der Struktur der Zuwanderung sensibilisieren. Während die fortschreitende Erholung auf den Arbeitsmärkten innerhalb der EU relativ zum Arbeitsmarkt in Deutschland für eine rückläufige Zuwanderung nach Deutschland spricht, ist durch den Anstieg von bewaffneten Konflikten in vielen Regionen der Welt eine Zunahme der Zuwanderung angelegt. Dies sollte bei einer Prognose der Zuwanderung nach Deutschland berücksichtigt werden.

*Die Analyse in diesem Kasten basiert maßgeblich auf Arbeiten von Philipp Paetzold, die im Rahmen seines Forschungspraktikums im Prognosezentrum des IfW entstanden sind.

Abbildung 25:
Arbeitslose 2013–2017



Öffentliche Haushalte deutlich im Plus

Der Budgetüberschuss des Staates wird im laufenden Jahr den höchsten bisher im wiedervereinigten Deutschland gemessenen Wert erreichen und im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich höher ausfallen. Der starke Anstieg im Vorjahresvergleich ist aber maßgeblich von Einmaleffekten geprägt. So wurden jüngst vom Statistischen Bundesamt die fiskalischen Konsequenzen von zwei Gerichtsentscheidungen in das Jahr 2014 gebucht, was für sich den Saldo um nahezu 8 Mrd. Euro belastet hat.³ Dieser Effekt fällt im laufenden Jahr

³ In den VGR sollen alle Vorgänge entstehungsgerecht erfasst werden. Wenn also Steuerbürger infolge eines Gerichtsurteils Ansprüche an den Staat erhalten, werden diese für den Zeitpunkt des Urteils verbucht, auch wenn die entsprechenden Zahlungen erst später erfolgen. Auch in diesen Fällen ist noch nicht klar, wann die Ansprüche in Folge der beiden Gerichtsurteile von Seiten des Staates beglichen werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass es sich bei diesen Zahlen zumeist um Projektionen und Hochrechnungen handelt, da der Wert der Ansprüche und die Zahl der Anspruchsberechtigten sich teilweise erst nach den Urteilen klären.

weg, und hinzu kommen die einmaligen Erlöse aus der Versteigerung von Funklizenzen Mitte dieses Jahres von 5,1 Mrd. Euro.

Getrieben von unerwartet hohen Steuereinnahmen legen die Einnahmen kräftig zu. Die Lohnsteuereinnahmen und insbesondere die Einnahmen aus gewinnabhängigen Steuern steigen kräftig an. Neben der guten Konjunktur dürfte eine höhere Steuerehrlichkeit hier für Mehreinnahmen sorgen. Der boomende Immobilienmarkt dürfte ebenfalls die gewinnabhängigen Steuern stärken. Er führt aber vor allem zu einem rasanten Anstieg der Einnahmen in der Grunderwerbsteuer, die zudem durch Satzanehebungen in einzelnen Ländern erhöht sind. Die Sozialbeiträge steigen in etwa mit den Bruttolöhnen und -gehältern, da sich die Beitragsatzänderungen in der gesetzlichen Renten (geringerer Beitragssatz) und in der gesetzlichen Pflegeversicherung (höherer Beitragssatz) nahezu ausgleichen. Der nach der Reform der Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung effektiv leicht gesunkene Beitragssatz mindert hingegen die Dynamik der Beitragseinnahmen nur wenig. Die übrigen Einnahmen des Staates stagnieren in etwa, wobei die anhaltende Dynamik bei den Verkäufen durch im Zuge des gesunkenen Bundesbankgewinns geringere Vermögenseinkommen in etwa ausgeglichen wird. Insgesamt dürften die Einnahmen auf 1 347,3 Mrd. Euro steigen (Tabelle 7).

Rechnet man Einmaleffekte heraus, steigen die Ausgaben schneller als im Vorjahr. Maßgeblich sind die spürbar steigenden Ausgaben für monetäre Sozialleistungen infolge der Maßnahmen in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Ferner steigen im Zuge der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen, Vorleistungskäufe und soziale Sachleistungen. Letztere weisen aber vor allem eine hohe Dynamik wegen der weiterhin stark steigenden Kosten im Gesundheitssektor auf, hinzu kommen Leistungsausweitungen in der Sozialen Pflegeversicherung im Rahmen des Pflegestärkungsgesetzes I. Die Arbeitnehmerentgelte steigen in einem etwas höheren Tempo als die Tarifverdienste im

Tabelle 7:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2013–2017 (Mrd. Euro)

	2013	2014	2015	2016	2017
Einnahmen	1 252,5	1 299,6	1 347,3	1 387,4	1 443,7
➤ relativ zum BIP	44,4	44,6	44,5	44,2	44,1
Steuern	637,4	659,6	687,6	708,5	737,2
➤ relativ zum BIP	22,6	22,6	22,7	22,6	22,5
Sozialbeiträge	464,9	481,9	500,7	516,7	539,8
➤ relativ zum BIP	16,5	16,5	16,5	16,5	16,5
Sonstige Einnahmen	150,1	158,1	159,0	162,2	166,7
➤ relativ zum BIP	5,3	5,4	5,3	5,2	5,1
Ausgaben	1 255,6	1 290,7	1 318,2	1 370,2	1 419,3
➤ relativ zum BIP	44,5	44,3	43,6	43,6	43,3
Arbeitnehmerentgelt	218,6	224,6	230,5	236,7	243,3
Vorleistungen	135,0	138,6	143,6	149,9	155,4
Soziale Sachleistungen	227,1	240,1	253,3	267,5	280,9
Bruttoinvestitionen	63,5	63,2	64,6	67,8	71,9
Geleistete Vermögenseinkommen	56,0	51,5	44,5	41,9	41,1
Monetäre Sozialleistungen	438,6	451,0	469,5	487,6	505,2
Subventionen	24,4	25,5	26,5	27,1	27,8
Sonstige laufende Übertragungen	63,0	61,6	63,0	63,4	65,0
Vermögensübertragungen	30,6	35,9	29,2	29,5	29,9
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,3	-6,5	-1,3	-1,3
Finanzierungssaldo	-3,1	8,9	29,1	17,2	24,4
➤ relativ zum BIP	-0,1	0,3	1,0	0,5	0,7
Einnahmen der Gebietskörperschaften	814,7	845,1	874,0	898,2	931,5
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	813,6	844,0	873,0	897,1	930,4
Transfers der Sozialversicherung	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften	823,1	839,5	846,4	880,3	908,7
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	722,3	737,7	743,8	773,1	797,5
Transfers an die Sozialversicherung	100,8	101,8	102,7	107,2	111,2
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-8,5	5,6	27,6	17,8	22,7
Einnahmen der Sozialversicherung	539,7	557,4	577,0	597,5	624,5
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	438,9	455,7	474,4	490,3	513,3
Ausgaben der Sozialversicherung	534,3	554,1	575,5	598,2	622,9
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	533,3	553,0	574,4	597,1	621,8
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	5,3	3,4	1,5	-0,7	1,6

Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

öffentlichen Dienst, da angesichts der guten finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte Personal aufgestockt werden dürfte, u.a. zur Betreuung von Flüchtlingen. Die Bruttoinvestitionen werden kaum expandieren, da der starke Rückgang in der ersten Jahreshälfte, der vermutlich auf das Auslaufen der Instandsetzungsarbeiten für durch das Sommerhochwasser 2013 beeinträchtigte Infrastruktur zurückgeht, durch die Beschleunigung in der zweiten nur knapp aufgeholt werden wird. Die Effekte der Investitionsprogramme werden in den Jahreszahlen erst in den folgenden Jahren sichtbar werden. Die Subventionen dürften moderat ex-

pandieren. Die seit der Finanzkrise fallende Tendenz wurde bereits im Vorjahr durch Mehrausgaben im Bereich der Energiewende durchbrochen. Von dieser Seite dürfte weiterhin eine leichte Dynamik angelegt sein, die im Zuge des nun einsetzenden Förderprogramms für den Breitbandausbau verstärkt werden dürfte. Die sonstigen Transfers nehmen wegen höheren Ausgaben für EU-Eigenmittel moderat zu. Die Zinsausgaben sinken weiterhin deutlich. Der permanente Verfall der Renditen auf den Anleihemärkten wurde zwar im April 2015 unterbrochen, doch zum einen haben die seit diesem Zeitpunkt eingegangenen Schuldverträge kaum

Auswirkungen auf das Volumen der Zinszahlungen im laufenden Jahr und zum anderen ist das Renditeniveau immer noch extrem gering. Die Veränderung der Ausgaben für Vermögens-transfers ist vom Wegfall von Einmaleffekten dominiert. Die fiskalischen Folgen zweier Gerichtsurteile aus dem Sommer 2014 (eines im Bereich der Gewinnbesteuerung und eines im Bereich der Umsatzsteuer), die mit knapp 8 Mrd. Euro in den VGR angesetzt sind, entfallen in diesem Jahr. Ferner kommt es bei dem Zugang von nicht produzierten Vermögensgütern durch die Versteigerungserlöse der Funklizenzen zu einer einmaligen Reduktion der Ausgaben um 5,1 Mrd. Euro. Insgesamt werden sich die Ausgaben auf 1318,2 Mrd. Euro belaufen. Der Überschuss von 29,1 Mrd. Euro entspricht rund 1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im kommenden Jahr werden die Einnahmen des Staates erneut deutlich, aber in etwas moderaterem Tempo zulegen. Insbesondere die Steuereinnahmen dürften nicht mehr so stark steigen, da die Änderungen im Einkommensteuerrecht für sich genommen zu Mindereinnahmen führen. Allerdings dürften die Umsatzsteuereinnahmen angesichts der Aussichten für den privaten Konsum beschleunigt zulegen. Der schwächere Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter dämpft zudem die Dynamik der Sozialbeiträge, wobei letztere davon begünstigt werden, dass viele Krankenkassen ihre Zusatzbeitragsätze wohl anheben werden. Die übrigen Einnahmen des Staates dürften hingegen etwas stärker zu legen, da wir unter anderem von einem höheren Bundesbankgewinn ausgehen. Insgesamt werden sich die Einnahmen des Staates wohl auf 1 387,4 Mrd. Euro belaufen.

Wegen des Wegfalls von Einmaleffekten beschleunigen die Ausgaben im Jahr 2016 merklich. Ohne Berücksichtigung der Einmaleffekte werden die Ausgaben hingegen nur wenig schneller als im laufenden Jahr aber weiterhin kräftig expandieren – in beiden Jahren gut 3 ¼ Prozent. Die Arbeitnehmerentgelte werden mit 2,7 Prozent ähnlich stark zulegen wie im Vorjahr. Vorleistungen und soziale Sachleistun-

gen dürften in einem ähnlich hohen Tempo zunehmen, da weiterhin mit einem erheblichen Flüchtlingszustrom zu rechnen ist. Zudem gehen wir von einem ungebrochenen Trend in den Gesundheitskosten aus und rechnen vorerst nicht mit Gegenmaßnahmen der Politik. Ebenfalls werden die monetären Sozialleistungen – wenn auch in einem geringerem Tempo als im Jahr zuvor – steigen. Zwar fallen die beschleunigenden Effekte von Leistungsausweitungen wie der „Mütterrente“ weg und die Geldleistungen für Flüchtlinge werden reduziert, doch dürfte die Rentenanpassung zur Mitte des Jahres 2016 merklich höher ausfallen als in den Vorjahren. Eine hohe Dynamik ist ferner bei den Bruttoinvestitionen des Staates zu erwarten. Die verschiedenen Programme des Bundes zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft und kommunaler Investitionen sowie eigener Investitionen dürften zu einem merklichen Plus führen. Hingegen werden die sonstigen Transfers wohl nur moderat zulegen, da die Abführungen an die EU leicht nachlassen werden (sinkende Mehrwertsteuer-Eigenmittel). Die Zinsausgaben werden hingegen abermals sinken, wenn auch nicht mehr in dem Tempo wie in den Jahren zuvor, da zum Beispiel alle im Umlauf befindlichen fünfjährigen Anleihen in der Niedrigzinsphase begeben wurden und bei Fälligkeit durch eine neue Emission einer gleichen Anleihe kaum noch Zinsersparnisse realisiert werden können. Alles in allem dürften die Ausgaben des Staates auf 1370,2 Mrd. Euro steigen, so dass sich ein Saldo von 17,2 Mrd. Euro (0,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) ergibt.

Im Jahr 2017 dürften die Einnahmen des Staates kräftig zunehmen. Maßgeblich ist die hohe konjunkturelle Dynamik, die die Bruttolöhne und -gehälter treibt und somit die Einnahmen aus der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen merklich erhöhen. Zudem wird im Zuge des Pflegestärkungsgesetzes II der Beitragsatz zur Sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte erhöht. Auch dürften die gewinnabhängigen Steuern angesichts der hohen Dynamik der Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Jahr 2017 und im Jahr zuvor merklich beschleunigen. Die übrigen Einnah-

men des Staates werden wohl hingegen etwas verhaltener expandieren, so dass insgesamt mit Einnahmen von 1443,7 Mrd. Euro zu rechnen ist.

Die Ausgaben werden ebenfalls eine merkliche Dynamik entfalten, wenn auch eine etwas geringere als die Einnahmen. Den stärksten Anstieg erwarten wir bei den Bruttoinvestitionen, die weiterhin von den verschiedenen Programmen des Bundes gestützt werden. Hinzu kommt die sich verbessernde Finanzlage der Kommunen, die den Großteil der öffentlichen Investitionen verantworten. Eine hohe Dynamik ist weiterhin bei den Vorleistungen und den sozialen Sachleistungen zu erwarten. Die monetären Sozialleistungen werden ebenfalls weiter spürbar steigen, da die hohe Rentenanpassung von der Mitte des Jahres 2016 sich auch auf den Jahresdurchschnitt 2017 auswirkt und auch im Jahr 2017 mit einer merklichen – wenn auch nicht mehr so starken – Rentenanpassung zu rechnen ist. Die Arbeitnehmerentgelte werden entsprechend der steigenden Tariflöhne, die angesichts höherer Verbraucherpreisinflation und der guten Kassenlage der Gebietskörperschaften beschleunigen dürften, stärker zulegen als im Vorjahr. Die sonstigen Transfers werden angesichts steigender EU-Eigenmittelzahlungen wieder mit etwas mehr Tempo steigen und die Zinsausgaben dürften zwar erneut sinken, aber nur noch vergleichsweise moderat. Insgesamt rechnen wir mit Ausgaben des Staates von 1419,3 Mrd. Euro. Folglich nimmt der Budgetüberschuss auf 24,4 Mrd. Euro (0,7 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) zu.

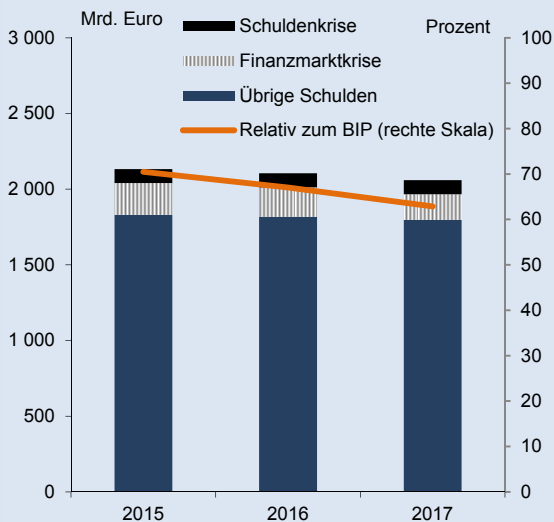
Die Finanzlage der Sozialversicherungen wird sich im laufenden und im kommenden Jahr verschlechtern. Insbesondere die Gesetzliche Renten- und die Gesetzliche Krankenversicherung werden wegen der deutlich anziehenden Ausgaben und der Beitragssatzsenkungen das laufende Jahr mit Fehlbeträgen abschließen, während die Soziale Pflegeversicherung und insbesondere die Arbeitslosenversicherung Überschüsse aufweisen werden. Insgesamt ist noch mit einem leichten Überschuss

in den Sozialversicherungen zu rechnen, der aber geringer als im Vorjahr ausfällt. Im Jahr 2016 dürfte sich die Finanzlage wegen der allgemein hohen Ausgabendynamik und der moderateren Dynamik der Beitragseinnahmen und trotz der steigenden Bundeszuschüsse zur Gesetzlichen Rentenversicherung und zum Gesundheitsfonds verschlechtern.

Im Jahr 2017 ist wieder mit Überschüssen in den Sozialversicherungen zu rechnen. Die gute Arbeitsmarktlage dürfte zu einer spürbaren Belebung der Beitragseinnahmen führen. Zudem wird der Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Rentenversicherung vor dem Hintergrund der im Jahr 2014 eingeführten zusätzlichen Maßnahmen spürbar angehoben, so dass die hohe Dynamik der Einnahmen das weiterhin hohe Plus bei den Ausgaben ausgleichen kann.

Der Bruttoschuldenstand dürfte in allen drei Jahren absolut wie relativ zum Bruttoinlandsprodukt sinken. Und im Jahr 2017 eine Wert von 63 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erreichen. Die Haushaltsüberschüsse und der allmähliche Schuldenabbau in den „Bad Banks“ werden den Bruttoschuldenstand reduzieren (Abbildung 26). Zudem wird er vonseiten der Schuldenkrise nicht weiter erhöht, da das nun anstehende dritte Anpassungsprogramm für Griechenland, welches für sich genommen das Engagement des Bundes in der Schuldenkrise erhöht, vom ESM finanziert wird. Im Gegensatz zur EFSF sind Bürgschaften und Garantien für den ESM nicht schuldenstandswirksam.

Abbildung 26:
Bruttoschuldenstand 2015–2017



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement, SoFFin, EAA, IKB etc.

Quelle: Bundesbank, Monatsbericht; BMF, Monatsbericht; eigene Berechnungen und Prognosen.

Ausblick: Konjunkturelle Dynamik verstärkt sich

Die Stabilitätsgefahren für die deutsche Wirtschaft lauern unter der Oberfläche. Derzeit sind die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten bei stabilen Verbraucherpreisen und einem hohen Beschäftigungsgrad normal ausgelastet. Zudem ist der Staatshaushalt ausgeglichen. Es scheint daher, dass Deutschland stabilisierungspolitisch einem Idealzustand nahe sei. Dieser Befund darf indes nicht zu Unachtsamkeit verleiten. Ganz und gar nicht passen die monetären Rahmenbedingungen zu einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Leitzinsen sind nun schon seit über fünf Jahren auf einem extrem niedrigen Niveau. Dies verzerrt Vermögenspreise – etwa am Aktien- oder Immobilienmarkt – und führt in der Folge zu Kapitalfehllenkung. Ferner werden Anleger auf der Suche nach Rendite mehr und mehr zu über-

mäßig riskanten Investitionen verleitet, die andernfalls unterbleiben würden. Vermeintliche Vermögensgewinne, die allein dem Diskontierungseffekt zuzuschreiben sind, stellen lediglich Vermögensillusionen dar. Auch der Staatshaushalt wäre bei gleichem Ausgabegebaren ohne das Niedrigzinsumfeld nicht ausgeglichen. Sobald die Geldpolitik auf einen Normalisierungskurs einzuschwenken versucht, droht ein Platzen dieser Blasen, wodurch dann erhebliche realwirtschaftliche Verwerfungen offenbar werden können. Ein solches Szenario unterstellen wir für den Prognosezeitraum nicht, weil es sich auf der Zeitachse nicht prognostizieren lässt. Vielmehr gehen wir davon aus, dass die Phase extrem niedriger Zinsen während des gesamten Prognosezeitraums fortbestehen wird, ohne dass es zu krisenhaften Korrekturercheinungen kommt. Unter diesen Bedingungen dürfte die deutsche Wirtschaft monetär so stark stimuliert werden, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten mehr und mehr angespannt werden.

Mit Raten von 1,8 Prozent (2015), 2,1 Prozent (2016) und 2,3 Prozent (2017) expandiert die deutsche Wirtschaft nach und nach in die Hochkonjunktur. Die Frühindikatoren sprechen dafür, dass sich das Expansionstempo des Bruttoinlandsproduktes, das im zweiten Quartal 0,4 Prozent (laufende Rate) betrug, im dritten Quartal fortsetzt (Tabelle 8). Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die konjunkturelle Entwicklung noch an Fahrt gewinnen. Da – ausgehend von der Normalauslastung in diesem Jahr – die Expansionsraten die Wachstumskräfte des Produktionspotenzials überschreiten, öffnet sich allmählich die Produktionslücke (Boysen-Hogrefe et al. 2015d).

Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte tragen die Expansion. Die hohe Konsumdynamik wird zunehmend durch den Investitionsaufschwung flankiert. Die wieder stärker sprudelnden verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte übersetzen sich bei zunächst nur geringem Verbraucherpreisauftrieb in kräftige Kaufkraftzuwächse der Konsumenten. Die

Tabelle 8:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2015–2017

	2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Private Konsumausgaben	0,4	0,2	0,5	0,6	0,6	0,5	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Konsumausgaben des Staates	0,6	0,3	0,9	0,4	0,3	0,5	0,6	0,7	0,2	0,2	0,6	0,6
Ausrüstungsinvestitionen	1,9	0,1	1,3	1,5	1,7	1,8	1,8	1,5	1,3	1,2	0,9	0,8
Bauinvestitionen	1,8	-1,2	0,7	0,7	0,6	0,8	1,1	1,1	0,9	0,8	1,2	1,1
Sonstige Anlagen	0,8	0,7	0,6	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6
Vorratsveränderungen	-0,1	-0,4	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,6	-0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7
Ausfuhr	1,2	2,2	1,7	1,4	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6
Einfuhr	1,9	0,8	2,1	1,9	2,0	2,1	2,1	2,0	1,9	1,8	1,8	1,8
Außenbeitrag	-0,2	0,7	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	42 824	42 869	42 925	42 995	43 075	43 165	43 265	43 375	43 495	43 615	43 735	43 855
Arbeitslose	2 817	2 789	2 790	2 790	2 781	2 741	2 691	2 631	2 561	2 491	2 421	2 351

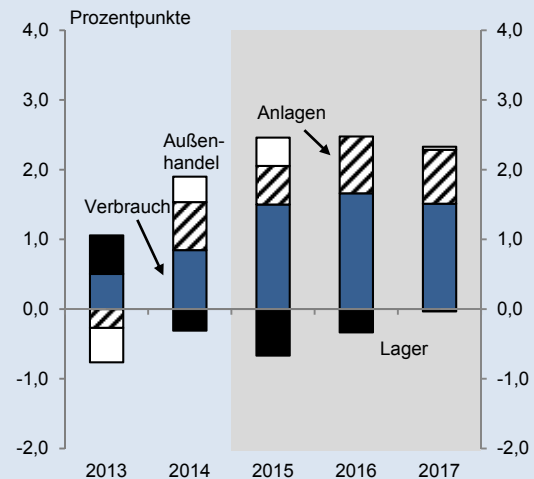
Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

gute Beschäftigungslage wird zudem das Verbrauchervertrauen stützen. Daher dürften die privaten Konsumausgaben mit Raten von 2 Prozent (2015), 2,3 Prozent (2016) und 2,2 Prozent (2017) so dynamisch zulegen wie seit der Jahrtausendwende nicht mehr. Befeuert von extrem günstigen Finanzierungsbedingungen und zusätzlich angeregt durch steigende Auslastungsgrade über das Normalmaß hinaus dürften dann die Anlageinvestitionen als zweite Säule zur Expansion beitragen (Abbildung 27).

Der Außenhandel wird sich dynamisch entwickeln, trägt aber für sich genommen nicht zur Beschleunigung der Expansion bei. Trotz der jüngsten Rückschläge im China-Geschäft entwickelten sich die deutschen Ausfuhren bis zuletzt sehr lebhaft. Auch wenn das hohe Expansionstempo in der zweiten Jahreshälfte nicht ganz gehalten werden dürfte, so zeichnen sich für alle drei Prognosejahre Zuwachsraten um 6 ½ Prozent ab. Dies spiegelt wider, dass die deutschen Exporteure die sich verlangsamende Entwicklung in den Schwellenländern durch eine entsprechende Ausweitung ihrer Lieferungen in die wieder etwas stärker anziehenden

Abbildung 27:
Verwendungsseitige Expansionsbeiträge 2013–2017



Jahresdaten, preisbereinigt (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Industrieländer kompensieren dürften. Angesichts zunehmend angespannter Produktionskapazitäten im Inland dürfte der Aufschwung einen Sog entfalten, der die Einfuhren mit Raten

von 6,7 Prozent (2015), 8,1 Prozent (2016) und 7,6 Prozent (2017) deutlich stärker anziehen lassen wird als die Ausfuhren. Der nominale Exportüberschuss dürfte – auch wegen sich verbessernder Terms of Trade – gleichwohl weiter zulegen und den Leistungsbilanzüberschuss im Prognosezeitraum auf rund 9 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ausweiten.

Der Beschäftigungsaufbau gewinnt wieder an Tempo. Die zwischenzeitliche Verlangsamung der Beschäftigungsentwicklung, die vor allem dem wohl mindestlohnbedingten Wegfall von Minijobs geschuldet war, dürfte allmählich überwunden sein und im Prognosezeitraum einem beschleunigten Beschäftigungsaufbau weichen. Während in diesem Jahr voraussichtlich 200 000 Erwerbstätige zusätzlich gezählt werden, dürften es in den Folgejahren 320 000 (2016) und 460 000 (2017) sein. Hierzu trägt bei, dass der Zuwanderungssaldo vorübergehend deutlich ansteigt und das Erwerbspersonenpotenzial erhöht. Lag die Nettozuwanderung im letzten Jahr noch bei 550 000 Personen, so rechnen wir – vor allem aufgrund des Zuzugs von Flüchtlingen – in diesem und im nächsten Jahr mit 760 000 bzw. 700 000 Menschen, die netto nach Deutschland einwandern. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) dürfte auf neue Tiefstände von 6,4 Prozent (2015), 6,2 Prozent (2016) und 5,6 Prozent (2017) sinken.

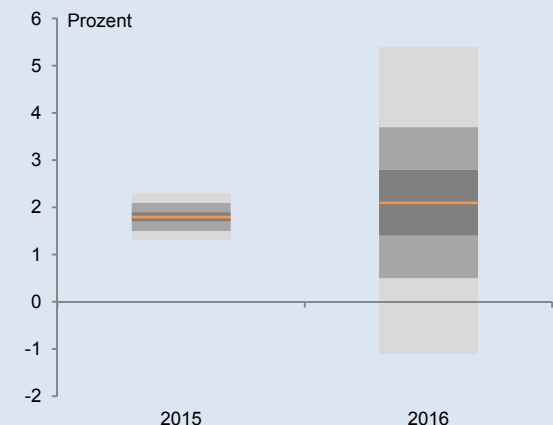
Die Finanzpolitik steuert auf den Maastricht-Schuldenreferenzwert zu. Angesichts der lebhaften Konjunktur steigen die Überschüsse in den öffentlichen Haushalten. Im laufenden Jahr wirken zudem Einmaleffekte, die den Finanzierungssaldo des Staates auf knapp 30 Mrd. Euro (1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) steigen lassen. In den Folgejahren werden die öffentlichen Haushalte voraussichtlich mit Überschüssen von 17 Mrd. Euro (2016) und 24 Mrd. Euro (2017) abschließen. Diese sollten angesichts der sich anspannenden Produktionskapazitäten nicht für weitere Ausgabenprogramme genutzt werden. Vielmehr hat der Staat – wenn er seine Stabilisierungsaufgabe ernst

nimmt – allen Anlass, eine sich abzeichnende Überhitzung nicht seinerseits zu befeuern. Nach dem derzeit absehbaren finanzpolitischen Kurs sinkt der Bruttoschuldenstand – auch infolge der Vermögensverwertung bei den „Bad Banks“ – am Ende des Prognosezeitraums auf etwa 63 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung und reicht damit nahe an die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Obergrenze heran.

Die Wirtschaftspolitik und das weltwirtschaftliche Umfeld bergen Abwärtsrisiken. Weltweit haben die großen Notenbanken der westlichen Welt seit geraumer Zeit einen ultraexpansiven Kurs eingeschlagen, der die Weltwirtschaft anfällig macht für krisenhafte Entwicklungen. Bereits zaghafte Versuche, die geldpolitischen Zügel wieder anzuziehen, können sich in drastischen Wechselkursreaktionen niederschlagen und die internationalen Handelsströme in erratischer Weise unterbrechen. Aber auch eine Fortsetzung der Niedrigzinspolitik birgt Risiken, insbesondere dann, wenn diese letztlich das Ziel verfolgen soll, den Außenwert der eigenen Währung zu schwächen, um den jeweils heimischen Produzenten Exportvorteile zu verschaffen. In dem Maße, wie sich die großen Währungsräume in einen Abwertungswettlauf hineinziehen lassen, drohte der Weltwirtschaft ökonomisches Chaos, von der insbesondere eine so offene Volkswirtschaft wie die deutsche besonders betroffen wäre. Die Reaktionen auf die jüngsten vergleichsweise geringfügigen Abwertungen der chinesischen Währung in anderen Teilen der Welt lassen sich bereits in dieser Weise deuten. Unabhängig davon stellt die weitere ökonomische Entwicklung in China die übrige Welt vor Herausforderungen, falls sich das dortige Wirtschaftsmodell als instabil herausstellen sollte. Zwar konnten die deutschen Exporteure die jüngste Schwächephase im China-Geschäft durch eine Umorientierung zu anderen Handelspartnern zuletzt kompensieren, bei einer krisenhaften Korrektur in China würden aber die Effekte auch in Deutschland deutlich spürbar sein. Die insgesamt bei der Prognose bestehende Unsicherheit für die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr beläuft sich bei einem

Konfidenzintervall von 66 Prozent zwischen 1,5 Prozent und 2,1 Prozent (Abbildung 28).

Abbildung 28:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2015 und 2016



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangefarbene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2014).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Schließlich bietet der stark zugenommene Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland erhebliche Chancen, wenn die Wirtschaftspolitik hierzu die richtigen Weichenstellungen unternimmt. Zu einer erfolgreichen Integrationspolitik gehört insbesondere die Öffnung des Arbeitsmarktes für Migranten. Zur Bewältigung der Unterbringung einer großen Zahl von zugewanderten Flüchtlingen wurde jüngst mehr Flexibilität im Baurecht angemahnt. Eine ähnliche Flexibilität könnte man sich für die Arbeitsmarktregulierung vorstellen, um die Integrationschancen zu erhöhen. Insbesondere Migranten mit einer geringen Qualifikation, die zudem noch kulturelle Barrieren überwinden müssen, haben am Arbeitsmarkt kaum andere Möglichkeiten, diesen Nachteil durch entsprechend geringere Lohnforderungen auszugleichen, um nicht von Beschäftigungsmöglichkeiten ausgeschlossen zu sein. Es wäre beispielsweise zu erwägen, Mindestlohn- und Präferenzregelungen für diese Personengruppe so zu gestalten, dass ihre Chancen steigen, sich in den Wirtschaftsprozess einzugliedern.

Literatur

- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, M. Kappler, S. Kooths und J. Scheide (2014). Mittelfristprojektion für Deutschland: Wirtschaftspolitik schwächt Produktionspotenzial. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2014. Kieler Diskussionsbeiträge 536/537. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, I. Pirschel, M. Plödt und M. Wolters (2015a). Deutschland auf dem Weg in die Hochkonjunktur. Kieler Konjunkturberichte Nr. 5 (2015|Q1). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, D. Groll, S. Kooths und U. Stolzenburg (2015b). Moderate Erholung im Euroraum. Kieler Konjunkturberichte Nr. 10 (2015|Q3). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, N. Jannsen, S. Kooths, C. Reicher und S. Reitz (2015c). Sovereign bond purchases and risk sharing arrangements: Implications for euro area monetary policy. In-Depth Analysis in preparation for the Monetary Dialogue for the European Parliament, June.
- Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, M. Plödt, G. Potjagailo und U. Stolzenburg (2015d). Mittelfristprojektion für Deutschland: Expansion übersteigt die Wachstumskräfte. Kieler Konjunkturberichte Nr. 12 (2015|3). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Im Erscheinen.
- Boss, A. (2014). Die „Rentenreform“ – ein Schritt in die falsche Richtung. *ifo Schnelldienst* 67 (5): 10–14.

- Gern, K.-J., P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths und G. Potjagailo (2015). Schwäche in den Schwellenländern bremst Weltkonjunktur. Kieler Konjunkturberichte Nr. 9 (2015|Q3). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Groll, D. (2015). Mindestlohn: erste Anzeichen für Jobverluste. *Wirtschaftsdienst* 95 (6): 439–440.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2015). Asyl- und Flüchtlingsmigration in die EU und nach Deutschland. Aktuelle Berichte 8/2015. Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Nürnberg.
- Meier, C.-P. (2013). Deutlicher Anstieg der Nettozuwanderung nach Deutschland. *Wirtschaftsdienst* 93 (7): 466–470.
- Pettersson, T., und P. Wallensteen (2015). Armed Conflicts, 1946–2014. *Journal of Peace Research* 52 (4): 536–550.

Datenanhang

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2014–2017

	2015	2014	2015	2016	2017
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,6	1,8	2,1	2,3
Private Konsumausgaben		0,9	2,0	2,3	2,2
Konsumausgaben des Staates		1,7	2,2	2,1	1,7
Anlageinvestitionen		3,5	2,8	4,0	3,8
Ausrüstungsinvestitionen		4,5	5,1	6,5	4,8
Bauinvestitionen		2,9	1,2	2,8	3,4
Sonstige Anlagen		3,1	2,7	3,0	2,9
Vorratsveränderung		-0,3	-0,7	-0,3	0,0
Inländische Verwendung		1,3	1,5	2,3	2,5
Ausfuhr		4,0	6,6	6,8	6,4
Einfuhr		3,7	6,7	8,1	7,6
Außenbeitrag		0,4	0,4	0,0	0,0
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3 027,4	3,4	3,8	4,1	4,4
Private Konsumausgaben	1 632,8	1,9	2,6	3,3	3,9
Konsumausgaben des Staates	585,8	4,1	3,9	4,1	4,0
Anlageinvestitionen	609,1	5,0	4,1	5,9	6,0
Ausrüstungsinvestitionen	199,9	4,7	5,3	7,2	5,5
Bauinvestitionen	300,8	5,2	3,1	5,4	6,8
Sonstige Anlagen	108,5	4,8	4,8	5,2	5,0
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-22,0	-40,4	-51,2	-53,2
Inländische Verwendung	2 787,4	2,6	2,5	3,7	4,4
Ausfuhr	1 438,4	3,9	7,9	7,5	7,8
Einfuhr	1 198,4	2,1	5,4	7,2	8,5
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		196,4	240,0	261,5	273,6
Bruttonationaleinkommen	3 093,1	3,5	3,7	4,0	4,4
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,7	2,0	1,9	2,1
Private Konsumausgaben		0,9	0,6	0,9	1,7
Konsumausgaben des Staates		2,3	1,6	2,0	2,2
Ausrüstungsinvestitionen		0,2	0,2	0,6	0,7
Bauinvestitionen		2,3	1,8	2,5	3,3
Sonstige Anlagen		1,6	2,0	2,1	2,0
Ausfuhr		-0,1	1,2	0,7	1,3
Einfuhr		-1,6	-1,2	-0,9	0,8
Nachrichtlich: Verbraucherpreise		0,9	0,3	1,1	2,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2 268,7	3,8	4,2	4,4	4,9
Arbeitnehmerentgelt	1 542,2	3,8	3,8	3,0	4,3
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		68,3	68,0	67,0	66,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	726,5	3,8	5,2	7,5	6,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 763,1	2,3	3,1	3,2	3,7
Sparquote (Prozent)		9,5	10,0	9,9	9,6
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1 261,5	3,9	3,9	3,1	4,4
Effektivlohn, Stundenbasis		2,1	2,5	2,2	3,4
Lohnstückkosten, Stundenbasis		1,7	1,5	0,7	1,8
Produktivität, Stundenbasis		0,4	0,8	1,5	1,3
Arbeitslose (1 000)		2 897	2 795	2 710	2 455
Arbeitslosenquote (Prozent)		6,7	6,4	6,2	5,6
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		42 703	42 903	43 220	43 675
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		8,9	29,1	17,2	24,4
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		0,3	1,0	0,5	0,7
Öffentliche Schulden (Prozent)		74,4	70,5	66,9	62,8

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,5	0,7	1,1	0,5	0,4	0,6	0,8	1,0	1,1
Arbeitsvolumen	1,0	0,6	0,9	0,6	1,3	1,2	0,1	0,9	1,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,5	- 0,1	- 0,1	0,1	0,9	0,6	- 0,7	- 0,2	- 0,1
Produktivität ¹	0,8	1,5	1,3	0,8	0,8	1,2	1,8	1,5	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,8	2,1	2,3	1,4	2,2	2,4	1,9	2,4	2,2

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 218,7	2 296,6	2 387,0	1 080,6	1 138,1	1 117,8	1 178,7	1 159,8	1 227,2
Private Haushalte ²	1 632,8	1 686,7	1 753,0	796,9	835,9	822,7	864,0	852,7	900,3
Staat	585,8	609,8	634,0	283,7	302,1	295,2	314,7	307,1	326,8
Anlageinvestitionen	609,1	645,3	684,3	290,0	319,1	306,9	338,4	327,4	356,9
Ausrüstungen	199,9	214,2	226,0	93,8	106,0	100,6	113,6	107,7	118,4
Bauten	300,8	317,0	338,5	143,4	157,4	150,9	166,1	161,4	177,1
Sonstige Anlageinvestitionen	108,5	114,1	119,8	52,7	55,7	55,4	58,7	58,3	61,5
Vorratsveränderung ³	- 40,4	- 51,2	- 53,2	- 5,3	- 35,2	- 13,6	- 37,6	- 13,8	- 39,4
Inländische Verwendung	2 787,4	2 890,6	3 018,1	1 365,3	1 422,1	1 411,1	1 479,5	1 473,4	1 544,7
Außenbeitrag	240,0	261,5	273,6	117,2	122,9	133,7	127,8	140,5	133,1
Exporte	1 438,4	1 545,9	1 666,7	697,3	741,2	754,0	791,9	816,0	850,7
Importe	1 198,4	1 284,4	1 393,1	580,1	618,3	620,3	664,1	675,5	717,6
Bruttoinlandsprodukt	3 027,4	3 152,1	3 291,7	1 482,5	1 544,9	1 544,8	1 607,3	1 613,9	1 677,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,9	3,5	3,9	3,0	2,8	3,4	3,6	3,8	4,1
Private Haushalte ²	2,6	3,3	3,9	2,7	2,4	3,2	3,4	3,6	4,2
Staat	3,9	4,1	4,0	3,8	4,0	4,0	4,2	4,1	3,9
Anlageinvestitionen	4,1	5,9	6,0	2,8	5,4	5,8	6,0	6,7	5,5
Ausrüstungen	5,3	7,2	5,5	3,7	6,7	7,2	7,1	7,0	4,2
Bauten	3,1	5,4	6,8	1,4	4,7	5,2	5,5	7,0	6,6
Sonstige Anlageinvestitionen	4,8	5,2	5,0	4,8	4,8	5,0	5,3	5,2	4,7
Inländische Verwendung	2,5	3,7	4,4	2,1	2,9	3,4	4,0	4,4	4,4
Exporte	7,9	7,5	7,8	6,9	8,9	8,1	6,8	8,2	7,4
Importe	5,4	7,2	8,5	4,2	6,6	6,9	7,4	8,9	8,1
Bruttoinlandsprodukt	3,8	4,1	4,4	3,5	4,2	4,2	4,0	4,5	4,4

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 061,1	2 108,0	2 151,8	1 008,8	1 052,4	1 033,0	1 075,0	1 053,8	1 097,9
Private Haushalte ²	1 533,0	1 569,0	1 603,5	748,4	784,6	767,3	801,7	783,2	820,3
Staat	528,1	538,9	548,3	260,3	267,8	265,6	273,3	270,6	277,7
Anlageinvestitionen	561,4	584,2	606,2	267,4	294,0	278,7	305,5	290,9	315,3
Ausrüstungen	196,5	209,2	219,3	91,6	104,8	97,8	111,4	103,9	115,5
Bauten	265,7	273,1	282,3	127,2	138,5	131,0	142,1	135,8	146,5
Sonstige Anlageinvestitionen	99,6	102,6	105,6	48,6	51,0	50,0	52,6	51,6	54,0
Inländische Verwendung	2 583,5	2 644,0	2 708,9	1 273,2	1 310,2	1 302,2	1 341,7	1 335,6	1 373,3
Exporte	1 366,7	1 459,2	1 552,6	663,4	703,3	713,6	745,5	763,1	789,4
Importe	1 163,3	1 258,1	1 353,6	561,8	601,5	608,3	649,7	658,8	694,8
Bruttoinlandsprodukt	2 785,5	2 845,2	2 910,6	1 374,2	1 411,3	1 407,2	1 438,0	1 440,7	1 469,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,0	2,3	2,1	2,1	2,0	2,4	2,2	2,0	2,1
Private Haushalte ²	2,0	2,3	2,2	2,0	1,9	2,5	2,2	2,1	2,3
Staat	2,2	2,1	1,7	2,1	2,2	2,0	2,1	1,9	1,6
Anlageinvestitionen	2,8	4,1	3,8	1,4	4,0	4,2	3,9	4,4	3,2
Ausrüstungen	5,1	6,5	4,8	3,4	6,7	6,7	6,3	6,2	3,6
Bauten	1,2	2,8	3,4	- 0,4	2,8	3,0	2,6	3,7	3,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	3,0	2,9	2,7	2,7	2,9	3,2	3,1	2,7
Inländische Verwendung	1,5	2,3	2,5	1,1	1,8	2,3	2,4	2,6	2,4
Exporte	6,6	6,8	6,4	5,5	7,7	7,6	6,0	6,9	5,9
Importe	6,7	8,1	7,6	5,6	7,8	8,3	8,0	8,3	6,9
Bruttoinlandsprodukt	1,8	2,1	2,3	1,4	2,2	2,4	1,9	2,4	2,2

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,6	0,9	1,7	0,6	0,5	0,7	1,1	1,5	1,8
Konsumausgaben des Staates	1,6	2,0	2,2	1,6	1,7	2,0	2,0	2,2	2,2
Anlageinvestitionen	1,3	1,8	2,2	1,4	1,3	1,6	2,0	2,2	2,2
Ausrüstungen	0,2	0,6	0,7	0,3	0,1	0,4	0,8	0,7	0,6
Bauten	1,8	2,5	3,3	1,8	1,8	2,1	2,9	3,2	3,4
Exporte	1,2	0,7	1,3	1,2	1,2	0,5	0,8	1,2	1,5
Importe	- 1,2	- 0,9	0,8	- 1,3	- 1,1	- 1,2	- 0,6	0,5	1,1
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,9	2,1	2,0	2,0	1,8	2,1	2,0	2,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 128,1	2 194,1	2 284,1	1 042,7	1 085,4	1 077,7	1 116,5	1 119,7	1 164,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	280,6	287,8	298,2	135,7	144,9	139,7	148,0	144,5	153,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 261,5	1 300,6	1 358,2	600,7	660,8	621,7	678,8	647,3	711,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	585,9	605,8	627,7	306,3	279,6	316,2	289,6	327,9	299,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	435,9	477,4	510,4	197,5	238,4	217,1	260,3	234,9	275,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 564,0	2 671,5	2 794,5	1 240,3	1 323,8	1 294,7	1 376,8	1 354,5	1 440,0
Abschreibungen	529,1	546,4	565,5	264,3	264,8	271,6	274,8	281,0	284,5
Bruttonationaleinkommen	3 093,1	3 217,9	3 360,0	1 504,5	1 588,6	1 566,3	1 651,6	1 635,5	1 724,5
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 268,7	2 369,1	2 484,7	1 094,3	1 174,3	1 144,8	1 224,3	1 201,1	1 283,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	726,5	780,8	828,2	357,9	368,6	383,3	397,4	409,4	418,8
Arbeitnehmerentgelt	1 542,2	1 588,3	1 656,5	736,4	805,7	761,5	826,9	791,7	864,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,6	3,1	4,1	3,4	3,7	3,4	2,9	3,9	4,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,3	2,5	3,6	3,2	3,5	2,9	2,2	3,4	3,9
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,1	4,4	3,7	4,1	3,5	2,7	4,1	4,7
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	2,1	3,1	2,9	3,4	2,6	1,7	2,8	3,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,8	3,4	3,6	2,8	2,9	3,2	3,6	3,7	3,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	6,4	9,5	6,9	4,0	8,5	9,9	9,2	8,2	5,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,0	4,2	4,6	3,5	4,6	4,4	4,0	4,6	4,6
Abschreibungen	2,2	3,3	3,5	2,6	1,8	2,8	3,8	3,5	3,5
Bruttonationaleinkommen	3,7	4,0	4,4	3,3	4,1	4,1	4,0	4,4	4,4
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	4,2	4,4	4,9	3,6	4,8	4,6	4,3	4,9	4,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	5,2	7,5	6,1	3,7	6,6	7,1	7,8	6,8	5,4
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,0	4,3	3,6	4,0	3,4	2,6	4,0	4,6

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 260,3	1 300,0	1 348,2	606,9	653,4	626,8	673,2	649,6	698,7
Nettolöhne und -gehälter	835,6	860,1	893,8	393,9	441,7	407,3	452,8	422,0	471,8
Monetäre Sozialleistungen	524,0	542,1	559,7	262,3	261,7	269,9	272,1	279,7	280,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	99,3	102,2	105,2	49,2	50,1	50,4	51,8	52,1	53,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	585,9	605,8	627,7	306,3	279,6	316,2	289,6	327,9	299,7
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 83,2	- 86,2	- 89,7	- 41,3	- 41,9	- 42,8	- 43,4	- 44,5	- 45,2
Verfügbares Einkommen	1 763,1	1 819,6	1 886,2	871,9	891,2	900,3	919,3	933,0	953,2
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	50,6	51,6	52,7	25,0	25,6	25,5	26,2	26,0	26,7
Konsumausgaben	1 632,8	1 686,7	1 753,0	796,9	835,9	822,7	864,0	852,7	900,3
Sparen	180,9	184,5	185,8	100,0	80,9	103,1	81,4	106,3	79,6
Sparquote (%) ⁶	10,0	9,9	9,6	11,1	8,8	11,1	8,6	11,1	8,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,5	3,2	3,7	3,4	3,5	3,3	3,0	3,6	3,8
Nettolöhne und -gehälter	3,4	2,9	3,9	3,1	3,7	3,4	2,5	3,6	4,2
Monetäre Sozialleistungen	3,7	3,4	3,2	4,1	3,2	2,9	4,0	3,6	2,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,6	3,0	2,9	4,1	3,2	2,4	3,5	3,3	2,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,8	3,4	3,6	2,8	2,9	3,2	3,6	3,7	3,5
Verfügbares Einkommen	3,1	3,2	3,7	2,9	3,3	3,3	3,2	3,6	3,7
Konsumausgaben	2,6	3,3	3,9	2,7	2,4	3,2	3,4	3,6	4,2
Sparen	7,9	2,0	0,7	4,7	12,2	3,1	0,7	3,1	- 2,3

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2017

	2015	2016	2017	2015		2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷									
a) Mrd.EUR									
Einnahmen									
Steuern	687,6	708,5	737,2	343,3	344,4	354,3	354,2	367,9	369,3
Sozialbeiträge	500,7	516,7	539,8	242,8	257,9	251,3	265,4	262,1	277,7
Vermögenseinkommen	22,2	21,1	21,1	12,8	9,4	11,8	9,3	11,8	9,3
Sonstige Transfers	18,9	18,9	18,9	8,6	10,4	8,6	10,4	8,6	10,4
Vermögenstransfers	12,2	12,4	12,7	5,0	7,2	5,2	7,3	5,3	7,4
Verkäufe	105,4	109,4	113,7	49,4	56,0	51,3	58,2	53,3	60,4
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 347,3	1 387,4	1 443,7	662,0	685,3	682,5	704,8	709,1	734,6
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	397,0	417,4	436,4	190,0	206,9	199,9	217,5	209,0	227,4
Arbeitnehmerentgelt	230,5	236,7	243,3	110,7	119,8	113,8	122,9	117,0	126,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	44,5	41,9	41,1	22,0	22,5	20,7	21,2	20,3	20,8
Subventionen	26,5	27,1	27,8	13,1	13,3	13,5	13,7	13,8	14,0
Monetäre Sozialleistungen	469,5	487,6	505,2	235,1	234,4	242,7	244,9	252,5	252,8
Sonstige laufende Transfers	63,0	63,4	65,0	36,3	26,7	36,5	26,9	37,4	27,6
Vermögenstransfers	29,2	29,5	29,9	11,7	17,5	11,5	18,0	11,6	18,3
Bruttoinvestitionen	64,6	67,8	71,9	27,7	36,8	29,1	38,7	30,8	41,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 6,5	- 1,3	- 1,3	- 5,7	- 0,7	- 0,5	- 0,7	- 0,5	- 0,7
Insgesamt	1 318,2	1 370,2	1 419,3	640,9	677,3	667,1	703,1	691,9	727,4
Finanzierungssaldo	29,1	17,2	24,4	21,1	8,1	15,4	1,8	17,2	7,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen									
Steuern	4,2	3,0	4,1	4,6	3,9	3,2	2,8	3,8	4,3
Sozialbeiträge	3,9	3,2	4,5	3,9	3,9	3,5	2,9	4,3	4,6
Vermögenseinkommen	- 11,3	- 4,7	0,0	- 17,5	- 1,3	- 7,6	- 0,7	0,0	0,0
Sonstige Transfers	- 0,8	0,0	0,0	- 1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenstransfers	0,2	1,9	2,0	7,0	- 4,0	2,6	1,5	2,6	1,5
Verkäufe	3,8	3,9	3,9	3,8	3,8	3,9	3,9	3,9	3,9
Sonstige Subventionen	- 8,9	0,0	0,0	- 20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,7	3,0	4,1	3,7	3,7	3,1	2,8	3,9	4,2
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	4,8	5,2	4,5	4,6	5,0	5,2	5,1	4,6	4,5
Arbeitnehmerentgelt	2,6	2,7	2,8	2,5	2,7	2,8	2,6	2,8	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 13,6	- 5,8	- 1,9	- 17,0	- 10,0	- 5,9	- 5,8	- 1,9	- 1,9
Subventionen	3,8	2,5	2,5	5,1	2,6	2,5	2,6	2,5	2,6
Monetäre Sozialleistungen	4,1	3,8	3,6	4,7	3,5	3,2	4,5	4,0	3,2
Sonstige laufende Transfers	2,2	0,7	2,5	1,2	3,6	0,6	0,8	2,5	2,5
Vermögenstransfers	- 18,7	1,1	1,3	6,4	- 29,8	- 1,7	3,0	1,2	1,3
Bruttoinvestitionen	2,1	5,1	6,0	- 1,2	4,7	5,0	5,1	5,9	6,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	380,9	- 80,6	0,0	856,3	0,0	- 91,1	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,1	3,9	3,6	2,1	2,1	4,1	3,8	3,7	3,5

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; eigene Berechnungen. Prognose des IfW.

Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. Euro)

	Gegenstand der Nachweisung	2015				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	2 727,0	1 844,6	294,3	588,1	–
2 –	Abschreibungen	529,1	301,8	67,3	160,0	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 197,9	1 542,8	227,0	428,1	– 240,0
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 539,6	1 096,6	230,5	212,6	12,7
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,5	11,1	0,1	8,3	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	24,9	23,1	0,3	1,5	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	663,8	458,3	– 3,3	208,8	– 252,7
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 542,2	–	–	1 542,2	10,1
9 –	Geleistete Subventionen	26,5	–	26,5	–	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	321,8	–	321,8	–	4,9
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	730,8	656,4	44,5	30,0	182,2
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	793,5	364,2	22,2	407,1	119,4
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 564,0	166,1	269,8	2 128,1	– 305,8
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	357,6	73,1	–	284,6	8,5
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	365,8	–	365,8	–	0,4
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	621,8	–	–	621,8	3,4
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	622,6	121,2	500,7	0,8	2,5
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	531,1	60,8	469,5	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	524,0	–	–	524,0	7,5
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	289,9	153,4	63,0	73,5	47,9
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	247,7	137,9	18,9	90,8	90,1
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 523,8	137,9	622,8	1 763,1	– 265,5
23 –	Konsumausgaben	2 218,7	–	585,8	1 632,8	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 50,6	–	50,6	–
25 =	Sparen	305,1	87,3	36,9	180,9	– 265,5
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	40,9	4,0	29,2	7,7	3,7
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	38,1	18,8	12,2	7,1	6,5
28 –	Bruttoinvestitionen	568,7	313,0	64,6	191,2	–
29 +	Abschreibungen	529,1	301,8	67,3	160,0	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 6,8	– 1,3	– 6,5	0,9	6,8
31 =	Finanzierungssaldo	269,6	92,2	29,1	148,2	– 269,6
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 523,8	137,9	622,8	1 763,1	– 265,5
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	384,6	–	384,6	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	384,6	–	–	384,6	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 523,8	137,9	238,1	2 147,7	– 265,5
38 –	Konsum 2)	2 218,7	–	201,2	2 017,4	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 50,6	–	50,6	–
40 =	Sparen	305,1	87,3	36,9	180,9	– 265,5

noch: Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
	Gegenstand der Nachweisung	2016				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	2 844,5	1 939,0	301,9	603,5	–
2 –	Abschreibungen	546,4	312,1	69,3	165,0	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 298,1	1 626,9	232,7	438,5	– 261,5
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 585,7	1 129,1	236,7	220,0	13,1
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	20,0	11,4	0,1	8,5	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	25,5	23,8	0,3	1,4	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	717,9	510,2	– 3,8	211,5	– 274,5
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 588,3	–	–	1 588,3	10,4
9 –	Geleistete Subventionen	27,1	–	27,1	–	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	329,6	–	329,6	–	5,1
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	734,9	665,9	41,9	27,2	190,3
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	797,8	355,2	21,1	421,5	127,5
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 671,5	199,5	277,9	2 194,1	– 327,3
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	370,3	76,3	–	294,1	8,9
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	378,9	–	378,9	–	0,4
16 –	Empfangene Nettozialbeiträge 2)	639,7	–	–	639,7	3,4
17 +	Geleistete monetäre Sozialleistungen	640,6	123,1	516,7	0,8	2,5
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	549,8	61,4	487,6	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	542,1	–	–	542,1	8,2
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	293,7	155,5	63,4	74,8	47,9
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	249,7	138,7	18,9	92,0	91,9
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 629,2	168,2	641,4	1 819,6	– 285,0
23 –	Konsumausgaben	2 296,6	–	609,8	1 686,7	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 51,6	–	51,6	–
25 =	Sparen	332,7	116,6	31,6	184,5	– 285,0
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	41,6	4,1	29,5	8,0	3,8
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	38,8	19,4	12,4	7,0	6,6
28 –	Bruttoinvestitionen	594,1	323,6	67,8	202,7	–
29 +	Abschreibungen	546,4	312,1	69,3	165,0	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,2	– 0,9	– 1,3	0,9	1,2
31 =	Finanzierungssaldo	283,4	121,4	17,2	144,9	– 283,4
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 629,2	168,2	641,4	1 819,6	– 285,0
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	401,2	–	401,2	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	401,2	–	–	401,2	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 629,2	168,2	240,2	2 220,8	– 285,0
38 –	Konsum 3)	2 296,6	–	208,7	2 087,9	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 51,6	–	51,6	–
40 =	Sparen	332,7	116,6	31,6	184,5	– 285,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).